

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schyris.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße Nr. 16b.
Telephon Nr. 8392.

Inserats
für die sechsgespaltene Colonne oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Das Aussperrungsfieber.

Ungefähr vor einem Jahrzehnt war im Kampfe der Unternehmerwelt und ihrer Presse gegen die Arbeiter das Schlagwort von der „Beunruhigung der Industrie“ durch die Arbeiterbewegung das alltägliche Argument, die Devise, mit der die Hege betrieben wurde. Jede Bewegung der Arbeiter in Gestalt der bestehenden Gewerkschaftsbewegung, der Gründung einer neuen Gewerkschaft, der Forderung einer Arbeitszeitverkürzung oder Lohnerhöhung oder der Abwehr von Verschlechterungsversuchen war „Beunruhigung der Industrie“ und die Fabrikmagnaten drohten mit Geschäftsaufgabe und mit Auswanderung ins Ausland, wo es keine Beunruhigung der Industrie gibt. Ein solches Land gibt es schon jetzt in keinem Teile Europas und auch nicht in den kulturell fortgeschrittenen außereuropäischen Teilen der Erde. Übrigens war bei seinem rapiden Wachstum das deutsche Kapital allerdings zur Auswanderung veranlaßt, aber nicht wegen der Beunruhigung der Industrie durch die Arbeiter, sondern wegen seiner Überschüssigkeit. Es wurde in Deutschland selbst auf Tod und Leben gegründet, die großen Aktienunternehmungen wuchsen wie Pilze aus der Erde, aber gleichzeitig wanderten Milliarden deutschen Kapitals in Form ausländischer Staatspapiere gegen hohen Zins wie in Form zahlreicher großer industrieller und anderer Unternehmungen ins Ausland. Das eine tun und das andere nicht lassen, war die Parole und so wurde die ganze Erde das Ausbeutungsgebiet des deutschen Kapitals.

Aber trotzdem hatte auch damals das Geschrei von der „Beunruhigung der Industrie“ positiven Erfolg in der vom damaligen preussischen Handelsminister v. Beseler in seiner Arbeiterchutzvorlage vorgeschlagenen Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung, die aber von den sozialdemokratischen Arbeitervertretern zu Falle gebracht werden konnte.

Mit viel größerem Recht aber als vor zehn und mehr Jahren von „Beunruhigung der Industrie“ durch die Arbeiter geschwunden wurde, kann heute von Beunruhigung der Arbeiter durch die Unternehmer geredet werden. Und zwar ist es die Form der Aussperrung, die in Deutschland nachgerade zum alltäglichen Kampfmittel des Kapitals geworden ist. Wehren sich die Arbeiter gegen Verschlechterungsversuche der Unternehmer oder stellen sie irgendwelche Forderungen, flugs antworten die organisierten Unternehmer mit der Aussperrung. So haben wir in diesem Jahre schon die großen Aussperrungen in Sferlohn, Bremen, Dresden, Firmasens, Köln, Hannover und anderen Orten erlebt — und sollen nun die größte in Berlin erleben —, wovon viele Zehntausende von Arbeitern und Hunderttausende von Personen getroffen und schwer geschädigt wurden.

Jahrelang hat die kapitalistische Presse das albernste Zeug von den „berechtigten und unberechtigten Streiks“ zusammenpinturiert, wobei es natürlich nie berechnete, sondern immer nur unberechtigte, „frivole“, von den „sozialdemokratischen Hehern und Rädelshühnern“ angeführte Streiks gab. Der Schwindel wird ja heute noch bei jedem Streik in der Unternehmerpresse praktiziert. Aber derselben Presse, der jeder Streik unberechtigt und frivol erscheint, gilt jede Aussperrung, also der Streik der Unternehmer, von vornherein als vollberechtigt, als ein „Akt der Notwehr“ gegen Begehrlichkeit und zur Wahrung der Stellung des „Herrn im Hause“. Da gibt es kein Spintisieren über berechnete und unberechnete frivole Aussperrungen, sondern bedingungslose Zustimmung und Verteidigung sowie unermüdliches Scharfmachen für weitere kapitalistische Gewalttaten gegen die Arbeiter.

Nun ist es an uns, den Spieß umzudrehen und festzustellen, wie frivol und gewissenlos das Kapital mit der Existenz des arbeitenden Volkes spielt und die Waffe der Aussperrung gegen die Arbeiter handhabt. Gibt es etwas Gewissenloseres und Frivoleres, als beispielsweise die Aussperrung von 12000 Arbeitern durch die Unternehmer in Sferlohn und Firmasens? Wegen kleiner Differenzen wurden die vielen Tausende auf das Pflaster geworfen und lange Wochen hindurch ehrliche Arbeiter, maßlose Arbeitswillige an der Arbeit gehindert. Und reihen sich nicht Crimittschau und Berlin den genannten Städten würdig an? In Crimittschau kämpfen die Textilarbeiter seit fünf Jahren um den Neunstundentag, den die englischen Textilarbeiter schon vor länger als einem halben Jahrhundert, am 1. Mai 1847, durch das Gesetz erhielten. Seit langen Jahren haben aber dieselben englischen Textilarbeiter schon den Neunstundentag erkämpft durch ihre gute Organisation, ferner den freien Samstagnachmittag und minimale Wochenlöhne von 30 Mk., so viel als zahlreiche deutsche Textilarbeiter erst in vier Wochen verdienen. Die Crimittschauer Textilarbeiter aber beantworteten die neuerliche Forderung des Neunstundentags durch die Arbeiter mit der Aussperrung von 9000 Fabrik- und Heimarbeitern, um einen Fortschritt aufzuhalten, der so notwendig wie das tägliche Brot, ja der selbst ein tägliches Stück tägliches Brot ist.

Ebenso frivol ist die beschlossene Aussperrung unserer Kollegen in Berlin durch die kleinen und großen Unternehmer der Metallindustrie, hinter der wieder einmal die scharfmacherischen Kühnemänner stehen. Diese Vorgänge böten den Scharfmachern der Arbeitgeberzeitung und der übrigen arbeitgeberfeindlichen Geldsackspresse reichen Stoff zu Betrachtungen über berechnete und unberechnete Aussperrungen, da könnten sie einmal tiefgründig spintisieren und zu der Behauptung von frivolen Aussperrungen kommen. Aber diese nützliche Arbeit unterlassen die Agitatoren, Scharfmacher und Presshandlanger des Unternehmertums wohlweislich, denn würden sie auch nur eine Aussperrung als unberechtigt und frivol bezeichnen, so würden sie ohne weiteres zum Teufel gejagt werden. Darum singen sie dessen Lied, dessen Brot sie essen und darum sind sie die unwürdigen Lächler ihrer würdigen Herren.

Im Gegensatz dazu sind unsere Gewerkschaftsbeamten und Gewerkschaftsredakteure selbständig, genießen sie die Freiheit der Meinungsäußerung und das Recht der Kritik und wird daran nicht selten gegen die eigenen Wähler, Genossen und Kollegen entschiedener Gebrauch gemacht. Sie dürfen das aber nicht bloß, sondern sie sollen und müssen es auch und mehr als einmal schon ist dem einen oder andern an den Generalversammlungen der Gewerkschaftsverbände zum Vorwurf gemacht worden, daß sie von dem Recht der Kritik gegen die eigenen Kollegen nicht mehr Gebrauch gemacht haben. Und dabei hat es sich gerade schon manchmal um Streiks gehandelt, die von der Mehrheit der Verbandskollegen nicht gebilligt wurden.

Die Arbeiter unterscheiden sich von den Unternehmern auch darin, daß sie die von denselben ihnen aufgezwungenen Kämpfe in Gestalt von Aussperrungen annehmen und nur mit den eigenen Kräften durchsetzen, während die ohnehin durch ihre wirtschaftliche Übermacht den Arbeitern überlegenen Unternehmer noch beständig nach der Hilfe der Polizei und Gerichte schreien. Es ist freilich bequemer, die öffentliche Gewalt auf seine Seite zu ziehen und mit ihr den Gegner zu bekämpfen, als nur mit der eigenen Kraft den Kampf zu führen. Aber diese Taktik ist schlecht und verwerflich, das Kapital profitiert von der Staat und die Behörden reizen durch die rechtlich absolut unzulässige Parteinarbeit für die Unternehmer und gegen die Arbeiter mehr auf, untergraben und vernichten mehr die Autorität, als der größte Staatsfeind zu bewirken vermöchte.

Was wir im Hinblick auf die Aussperrungen, die die Streiks der Unternehmer sind, fordern, ist, daß der Staat Licht und Schatten für beide Parteien gleichmäßig verteilt, daß er beiden Parteien gleich objektiv gegenübersteht. Darum verlangen wir die Schaffung eines freien Koalitionsrechts, das für die Unternehmer heute schon schrankenlos ist und darum fordern wir die Vermittlung der perfiden Politik, die Arbeiter durch läppiße Straßenverkehrsverordnungen um ihr unanfechtbares Streikrecht, um das Recht des Streikpostens zu prellen.

Die neue Modetracht der Aussperrung, von der das Unternehmertum befallen ist und wodurch die Arbeiter mürbe und kampfunfähig gemacht, also vollständig besiegt und vergewaltigt werden sollen, werden wir mit einem freien Koalitionsrecht schon überwinden. Es sollte daher, wie das auch Karl Kautsky in der Neuen Zeit ausführt, eine der ersten Aufgaben der durch die letzten Wahlen so erfreulich verstärkten sozialdemokratischen Fraktion im neuen Reichstag sein, den Ausbau des Koalitionsrechts zu beantragen und darauf hinzuwirken, daß das recht bald geschieht.

Die Streiks im Jahre 1902.

Die gewerkschaftliche Streikstatistik weist für das Jahr 1902 insgesamt 861 Streiks und Aussperrungen mit 55713 Beteiligten aus. Nach der amtlichen Statistik wurden in dem Jahre 1084 Streiks begonnen, von denen 1060 beendet sind. Nur der die letzteren werden in der amtlichen Statistik nähere Angaben gemacht und waren nach diesen an den Streiks 53912 Personen unmittelbar beteiligt. Ferner wird in der amtlichen Statistik über 51 Aussperrungen mit 10305 Beteiligten und 29 Maiausperrungen berichtet, von denen 4873 Personen betroffen wurden. Insgesamt berichtet die amtliche Statistik über 1140 wirtschaftliche Kämpfe mit 69090 Beteiligten, also über 279 Kämpfe und 13377 Beteiligte mehr, als die gewerkschaftliche Statistik.

Daß amtlicherseits eine größere Zahl Streiks festgestellt werden muß, als dies durch die Statistik der Generalkommission geschehen kann, ist stets von uns betont worden, weil sich die letztere nur auf die Streiks erstreckt, welche von den der Generalkommission angeschlossenen Organisationen geführt werden. Die Streiks unorganisierter Arbeiter sowie die von lokalen Vereinen oder sonstigen Organisationen geführten Streiks können in der gewerkschaftlichen Statistik

nicht enthalten sein. Der Verband der christlichen Gewerkschaften nimmt seinerseits eine Streikstatistik auf und berichtet, daß 1902 von den angeschlossenen Organisationen 37 Streiks geführt wurden, an welchen 2151 Personen beteiligt waren. Es bleiben trotzdem noch 242 Streiks und 11226 Streikende, respektive Ausgesperrte, welche nach der amtlichen, nicht aber nach der gewerkschaftlichen Statistik ausgewiesen werden.

Damit ist aber keineswegs gesagt, daß die amtliche Statistik nunmehr vollkommen sei. Auch für das Jahr 1901 wies die amtliche Statistik 364 wirtschaftliche Kämpfe mit 14720 Beteiligten mehr aus, als die gewerkschaftliche Statistik. Bei dem Vergleich der einzelnen Streiks, wie sie die amtliche und gewerkschaftliche Statistik verzeichnete, ergab sich, daß wohl in der letzteren 559 Streiks mit 20012 Beteiligten nicht enthalten waren, welche die amtliche Statistik auswies, daß aber andererseits 316 Streiks mit 6243 Beteiligten stattgefunden hatten, über welche die amtliche Statistik nicht berichtete. Ob die amtliche Statistik für 1902 nach dieser Richtung besser geworden ist, wird der ebenso wie im Vorjahre zu machende Vergleich ergeben, über den wir so bald als möglich berichten werden.

Zu den in den Tabellen verzeichneten Streiks ist noch ein solcher der Handelsangestellten hinzuzurechnen, der in Berlin stattfand mit vierstägiger Dauer und 13 Beteiligten, der mit vollem Erfolg endete. Es wurde von dem Vorstand des Verbandes der Handelsangestellten wohl an die Generalkommission über Streik berichtet, doch wurden nicht so eingehende Angaben gemacht, um diesen Streik in den Tabellen führen zu können.

Daß keine von der Organisation geführte Streiks im Gewerbe stattgefunden haben, berichten die Bergarbeiter, Gastwirtsgehilfen und Gemeindebetriebsarbeiter.

Die Streiks und Aussperrungen allein geben aber noch kein richtiges Bild von dem Wirken der Gewerkschaften in bezug auf Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeitererschaft. Es müßte, um dieses Bild zu vervollständigen, auch nachgewiesen werden, inwieweit durch Eintreten der Organisationen eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht oder eine Verschlechterung verhindert worden ist, ohne daß es zu einer Arbeitseinstellung kam. Hierüber berichten wohl einzelne Organisationen für die Statistik, doch fehlen von der Mehrzahl diesbezügliche Angaben, so daß auch für 1902 nur für wenige Organisationen summarisch mitgeteilt werden kann, was nach dieser Richtung hin erreicht worden ist. Es hatten die Bildhauer Lohnbewegungen in 12 Werkstätten mit 77 Beteiligten und wurde voller Erfolg erzielt. Die Böttcher hatten 2, die Brauer 24 Lohnbewegungen, welche letztere fast ausnahmslos erfolgreich waren. Die Lederarbeiter berichten, daß die Konjunktur in der Weißgerberei gut, in der Lohgerberei aber sehr gedrückt war. Es wurden 11 Lohnbewegungen zur Verbesserung der Löhne mit vollem Erfolg geführt, während 4 Bewegungen inszeniert wurden, um eine Verschlechterung zu verhindern, die teilweise Erfolg hatten. Die Schuhmacher hatten 19 Lohnbewegungen mit 1203 Beteiligten, und waren davon 11 völlig und 8 teilweise erfolgreich, während bei den Stuckateuren von 4 Lohnbewegungen 3 mit vollem Erfolg endeten. Diese Angaben sind überaus dürftig, doch läßt sich vielleicht später die Statistik auch nach dieser Richtung hin ausgestalten, weil erst mit dem Ausweis über diese ohne Streiks herbeigeführten Verbesserungen das Wirken der Gewerkschaften auf diesem Gebiet vollständig dargestellt werden würde.

Die von den Zentralvorständen eingelieferten Materialien sind in 11 Tabellen zusammengestellt. Es wird zunächst eine Übersicht über die gesamten Streiks nach Berufen geordnet gegeben und folgt sodann in der gleichen Weise eine Zusammenstellung der Angriffs- und der Abwehrstreiks. Es haben 861 Streiks mit 55713 Beteiligten, 3224 Wochen Gesamtdauer und einer Ausgabe von 237504 Mk. stattgefunden. Gegenüber dem Jahre 1901 vermehrten sich die Streiks um 66, die Zahl der Beteiligten um 6747, während die Ausgabe um 278384 Mk. geringer war als im Jahre 1901. (Für das Jahr 1901 sind für diesen Vergleich auch die 68 Streiks mit 444 Beteiligten, die nicht in den Tabellen ausgewiesen wurden, weil nähere Angaben fehlten, hinzuzurechnen worden.) Von den Streikenden waren 3428 Frauen. Genaue Angaben über den Ausgang sind für 802 Streiks gemacht, und zwar waren davon 350 = 43,6 Prozent erfolgreich, 156 = 19,5 Prozent teilweise erfolgreich und 296 = 36,9 Prozent erfolglos. Für 15 Streiks war der Ausgang unbekannt, während 2 Streiks endeten, weil der Unternehmer den Betrieb aufgab, und 12 Aussperrungen auf Zeit erfolgten, ein Erfolg oder Mißerfolg hierbei also nicht zu verzeichnen ist.

Auf die einzelnen Industriegruppen und Gewerbe entfielen von den Streiks und der Zahl der Beteiligten:

Metallindustrie und Schiffsbau:	
Streiks	Beteiligte
Graveur	15
Rupferstriebe	48
Maschinen	6
Metallarbeiter	122 8828
Schiffszimmerer	56
Schmiede	3 72
Werkarbeiter	4 1000
197	10 028

Graphische Gewerbe- und Papierindustrie:	
Streiks	Beteiligte
Buchbinder	4 37
Buchdrucker	14 345
Buchdruckhilfsarbeit	1 10
Lithographen	4 80
23	422

Holzindustrie:	
Streiks	Beteiligte
Bilzhauer	20 254
Böttcher	4 44
Holzarbeiter	124 3 129
Lagezierer	18 170
Bergolder	7 115
178	3 712

Bekleidungsindustrie:	
Streiks	Beteiligte
Handschuhmacher	2 102
Hutmacher	4 57
Rüchener	3 107
Schneider	13 1 091
Schuhmacher	31 1 042
53	2 309

Baugewerbe:	
Streiks	Beteiligte
Bauarbeiter	25 6 805
Dachbeder	9 516
Glaser	6 216
Maler	19 579
Maurer	176 15 882
Steinarbeiter	28 827
Steinsetzer	14 301
Stuckateure	4 386
Töpfer	16 444
Zimmerer	61 4 237
347	29 602

Nahrungs- und Genussmittelindustrie:	
Streiks	Beteiligte
Bäcker	2 53
Brauer	19 379
Fleischer	2 30
Labafarbeiter	19 262
Zigarrenfortierer	1 19
43	733

Die weiteren Streiks entfallen auf folg. Gewerbe:	
Streiks	Beteiligte
Barbiere	4 29
Fabrikarbeiter	16 836
Gärtner	1 33
Glasarbeiter	3 69
Gefäßarbeiter	4 209
Handels-Transportarbeiter	14 757
Lebendarbeiter	4 237
Sattler	4 40
Porzellanarbeiter	5 144
Textilarbeiter	30 2 956
85	5 304

Anmerkung: Es ist, wenn an einem Streik mehrere Organisationen beteiligt waren, der Streik nur einmal gezählt. Die betreffenden Organisationen hatten:

1. außerdem 3 Streiks, welche bei Metallarbeiter gezählt sind.
2. " 1 Streik, welcher = Holzarbeiter gezählt ist.
3. " 2 Streiks, welche = Metall- und Porzellanarbeit gezählt sind.
4. " 1 Streik, welcher = Porzellanarbeiter gezählt ist.
5. " 11 Streiks, welche = Maurer gezählt sind.
6. " 1 Streik, welcher = Metallarbeiter gezählt ist.
7. " 1 " = Zimmerer gezählt ist.
8. " 8 Streiks, welche = Maurer gezählt sind.
9. " 5 " = Bauarbeiter gezählt sind.
10. " 2 " = Metallarbeiter gezählt sind.
11. " 2 " = Steinarbeiter gezählt sind.
12. " 1 Streik, welcher = Zimmerer gezählt ist.

Die Zahl der Angriffstreiks war 1902 geringer als 1901, die Zahl der Abwehrtreiks aber ganz bedeutend höher.

Angriffstreiks sind 289 = 33,6 Prozent aller Streiks (1901: 291 = 40 Prozent) geführt und waren daran 32 659 Personen, darunter 2468 Frauen beteiligt. Diese Streiks dauerten zusammen 1212 Wochen und erforderten eine Ausgabe von 1136343 Mk. Erfolgreich waren 117 = 42,4 Prozent, teilweise erfolgreich 71 = 25,7 Prozent und erfolglos 88 = 31,9 Prozent. Abwehrtreiks waren zu verzeichnen 572 = 66,4 Prozent aller Streiks (1901: 436 = Prozent) mit 23 054 Beteiligten, darunter 960 Frauen, 2012 Wochen Dauer und einer Ausgabe von 1 084 661 Mk. Von diesen Streiks waren 233 = 44,3 Prozent erfolgreich, 85 = 16,2 Prozent teilweise erfolgreich und 208 = 39,5 Prozent erfolglos. In zwei Fällen endete der Streik mit Betriebsaufgabe, 12 Ausperrungen erfolgten auf Zeit und 16 Streiks waren am 1. Januar 1903 noch nicht beendet.

In den Jahren, für welche seitens der Generalkommission die Statistik über die Streiks geführt ist, von 1890 bis 1902, sind insgesamt 6212 Streiks mit 645 088 Beteiligten und einer Ausgabe von 1 889 218 Mk. geführt worden. Von diesen Streiks waren 2699 = 47,2 Prozent erfolgreich, 1376 = 24 Prozent teilweise erfolgreich und 1644 = 28,8 Prozent erfolglos. Für den Rest der Streiks ist der Ausgang unbekannt geblieben.

Eine genaue Trennung der Streiks in Angriff- und Abwehrtreiks ist besonders in den ersten Jahren, für welche die Statistik geführt wurde, nicht immer erfolgt, wie auch in den ersten Jahren mangels genügender Aufzeichnungen in den Organisationen die Statistik nicht über alle Streiks berichtet, welche von den Organisationen geführt werden. Dies muß bei Beurteilung der Ergebnisse der Statistik im allgemeinen, besonders aber bei den Angaben bezüglich der Angriff- und Abwehrtreiks berücksichtigt werden. In dem dreizehnjährigen Zeitraum, auf welchen sich die Statistik erstreckt, waren von den Streiks 3117 Angriffstreiks = 49,6 Prozent aller Streiks. An denselben waren 454 084 Personen beteiligt und war eine Ausgabe von 1 200 000 Mk. erforderlich. 49,9 Prozent dieser Streiks war erfolgreich, 30,3 Prozent teilweise erfolgreich und 19,8 Prozent erfolglos. Abwehrtreiks waren 3076 mit 1 708 956 Beteiligten und einer Ausgabe von 5 419 237 Mk. Es waren 44,4 Prozent dieser Streiks erfolgreich, 17,5 Prozent teilweise erfolgreich und 38,1 Prozent erfolglos.

Wenn auch die Anwendungen, welche von der Arbeiterschaft für die wirtschaftlichen Kämpfe gemacht worden sind, sich genauer nachweisen lassen, so doch nicht der Verlust, welchen die Arbeiter an Ausfall von Arbeitsverdienst hatten. Vom Jahre 1900 ab ist die Streikstatistik zwar auch auf diese Fragen ausgedehnt worden, doch sind die Ausgaben hierüber nicht vollständig. Es waren zu verzeichnen:

1900:	652 Streiks mit 115 711 Beteiligten.
1901:	727 " " 48 522 " "
1902:	861 " " 55 713 " "

2440 Streiks mit 219 946 Beteiligten.	
Davon ist der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst festgestellt.	
Jahr	Arbeitszeit nach Verlust an Arbeitsverdienst
1900:	608 Streiks mit 62 273 Beteil. 1 223 702 Tagen 4 572 860 Mk.
1901:	604 " " 38 913 " " 1 194 563 " " 3 997 062 " "
1902:	749 " " 48 153 " " 964 317 " " 3 759 950 " "
1961 Streiks mit 149 339 Beteil. 3 382 572 Tag. 12 129 262 Mk.	

So unvollkommen diese Zahlen auch sind, so zeigen sie doch, welche Opfer die Arbeiterschaft bringen muß, um von den Unternehmern eine Verbesserung der Lohn- und Arbeits-

bedingungen zu erhalten, die sehr wohl zugebilligt werden konnte, ohne daß es dieser gewaltigen Opfer bedurfte. Es steht außer allem Zweifel, wenigstens für denjenigen, welcher ein offenes Auge für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse hat und die Vorgänge bei dem Ringen der Arbeiter um eine bessere Lebenshaltung beobachtet, daß es nicht die Unerfüllbarkeit der Forderungen der Arbeiter ist, was die Unternehmer veranlaßt, die geforderten Arbeitsbedingungen nicht anzuerkennen, sondern der Umstand, daß sie es als einen Eingriff in ihre „Herrenrechte“ betrachten, wenn die Arbeiter überhaupt Forderungen stellen.

In den Orten, in welchen Angriffstreiks geführt wurden, waren vor den Streiks schon 2803 Arbeiter vorhanden, welche die geforderten Arbeitsbedingungen hatten, während in 659 Betrieben für 6356 Arbeiter die Forderungen bewilligt wurden, ohne daß es zum Streik kam. Ein Beweis dafür, daß das, was die Arbeiter verlangten, durchaus im Rahmen des Erfüllbaren lag. Wenn es sich nicht um Leute handelt, die Schmuckkonkurrenz treiben, muß der eine Unternehmer erfüllen können, was der andere zugesteht. An hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit ist noch nie ein Gewerbe zu Grunde gegangen, sondern auch in Deutschland ist leicht der Nachweis zu führen, daß Gewerbe und Betriebe mit den günstigsten Arbeitsbedingungen am besten florieren.

Aber auch ein anderer Umstand erweist, daß die Arbeiter nicht leichtsinnige Forderungen stellen. Es handelt sich, wie die Gewerkschaftsstatistik ausweist, bei den an Streiks Beteiligten um Leute, die über die jugendliche Leichtfertigkeit hinaus sind und zum größten Teil eine Verantwortung für ihre Familie haben. Von den 55 713 an den Streiks und Ausperrungen Beteiligten waren nur 3729 männliche und 577 weibliche unter 21 Jahren alt. Dagegen waren 26 019 männliche und 2199 weibliche Streikende verheiratet, die insgesamt 48 962 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren hatten. Diese Leute werden sich hüten, unerfüllbare Forderungen zu stellen und ihre Familie der Not preiszugeben, der sie bei Streiks ausgesetzt sind, trotz der, nur zu oft sehr geringen, Streikunterstützung. Es ist daher nichts anderes als eine Mißachtung der Arbeiter, wenn die Gegner der Arbeiterbewegung davon reden, daß die Arbeiterschaft leichtsinnig Streiks inszeniere. Nur die Unternehmer, welche dem Arbeiter das Recht verweigern, bei den Arbeitsbedingungen mitzubestimmen, und diejenigen, welche sich in den Dienst dieses Unternehmertums stellen, können und werden es bestreiten, daß es sich für die Arbeiter bei den Streiks um eine ernste, wohl überlegte Sache handelt, bei der sie ihre kümmerliche Existenz aufs Spiel setzen, in dem Bewußtsein, daß es schlimmer ist, unter der herrschenden Ausbeutung dahinzugevegetieren, als durch zeitweilige Vergrößerung ihrer Notlage zu versuchen, dieser Ausbeutung Einhalt zu gebieten. Steht aber versuchen sie zu einer Verständigung zu kommen, selbst da, wo der Unternehmer ihnen mit rücksichtsloser Brutalität entgegentritt und eine sofortige Arbeitsniederlegung am Platze wäre. In 627 Fällen ist 1902 vor der Arbeitseinstellung und in 942 Fällen während derselben versucht, mit den Unternehmern in Unterhandlung zu treten, doch wurde dieser Versuch in 381 Fällen zurückgewiesen. Deutlicher kann die Auffassung, welche ein nicht unbeträchtlicher Teil der Unternehmer über die Arbeiterrechte hat, nicht zum Ausdruck kommen. Man muß aber solchen Verhandlungen beigewohnt haben, um zu wissen, daß bei denselben die Unternehmer fast ausnahmslos sich so stellen, als erweisen sie den Arbeitern eine besondere Gnade, wenn sie zu einer Verhandlung zugelassen werden. Nach den Erfahrungen, welche wir bezüglich der Auffassung der Mehrheit über das Recht der Arbeiter haben, eine Änderung der Arbeitsbedingungen zu verlangen und nach dem, was die Streikstatistik über die Möglichkeit, gestellte Forderungen zu bewilligen, erkennen läßt, kann man nur zu dem Ergebnis kommen, daß die für die Streiks gebachten Opfer zum Teil hätte vermieden werden können, wenn unser Unternehmertum die natürlichsten Arbeiterrechte anzuerkennen geneigt wäre. Die Arbeiter werden und müssen sich diese Anerkennung erkämpfen, und wären die Opfer, welche sie dafür bringen, auch noch höhere als sie es bisher waren.

Charakteristisch für deutsche Verhältnisse ist es auch, daß die meisten Streiks im Jahre 1902 ebenso, wie 1901, geführt werden mußten, um eine Lohnreduzierung abzuwehren, und noch charakteristischer der Umstand, daß 47,3 Prozent dieser Streiks mit vollem Erfolg endeten. Das heißt nichts anderes, als daß die Unternehmer versuchten, den Profitausfall auf Kosten der Arbeiter zu decken, in der Hälfte der Fälle aber davon absehen mußten, weil die Arbeiter Widerstand leisteten. 1902 wurden zur Abwehr von Lohnreduzierungen 277 Streiks mit 7676 Beteiligten, 1901 213 solcher Streiks mit 8533 Beteiligten geführt. Welcher Art die Ursachen der Streiks waren, zeigt die folgende Tabelle:

Ursache der Streiks	1901		1902		Erfolgreich in Prozenten	
	Streiks	Beteiligte	Streiks	Beteiligte	1901	1902
Angriffstreiks:						
Verlust der Arbeitszeit	5	188	1	6	60,0	38,2
Lohnreduzierung	127	11 323	155	17 899	43,3	36,4
Verlust der Arbeitszeit und Lohnreduzierung	108	6 316	60	13 587	34,3	28,7
Befriedig. m. l. u. d. Pers.	15	239	5	127	53,3	63,0
Verh. d. F. u. U. Ursachen	36	4 645	38	1 040	17,2	6,2
Summa	291	22 761	289	32 659	37,4	28,5
Abwehrtreiks:						
Ausperrungen	35	3 460	56	6 791	25,7	34,9
Eintritt a. d. Organisat.	15	1 230	4	135	6,7	1,4
Wahrgen. d. Organisat.	60	2 813	79	2 283	33,3	29,4
Nichtinneh. d. allgem. Abl. Arbeitsbeding.	21	764	46	1 821	47,7	22,1
Lohnreduzierung	213	8 533	277	7 676	37,6	26,0
Verh. d. F. u. U. Ursachen	19	1 235	22	973	47,3	35,3
Eintritt a. d. Organisat.	6	275	8	140	83,3	96,4
Schlechte Behandlung	7	168	10	172	57,1	55,9
Verh. d. F. u. U. Ursachen	60	2 283	70	3 073	33,3	26,7
Summa	436	25 781	572	23 054	36,3	34,3

Bei den Angriffstreiks wurde 1902 ferner bei 25,7 Prozent der Streiks und für 53,7 Prozent der Beteiligten, um bei den Abwehrtreiks bei 16 Prozent der Streiks und für 28,7 Prozent der Beteiligten teilweiser Erfolg erzielt. Das Ergebnis der Streiks war im Jahre 1902 demnach nicht günstiger als 1901, eine Folge der wirtschaftlichen Konjunkturdereiner tieferer Stand, beurteilt nach den Ergebnissen der Statistik der früheren Jahre, auch in der größeren Zahl der Abwehrtreiks zum Ausdruck kommt.

Von den gesamten Streiks wurden 4244 Betriebe mit 63 217 männlichen und 6164 weiblichen Arbeitern betroffen. Die Arbeiterzahl bezieht sich für die Betriebe, in welchen die Arbeiter verschiedener Berufe beschäftigt sind, nur auf die Betriebsabteilungen, in welchen gestreikt wurde. Von den Streikenden gehörten bei Beginn der Streiks 41 199 männliche und 2043 weibliche der Organisation an, doch waren nur 23 415 männliche und 1051 weibliche bereits länger als sechs Monate vor Beginn der Streiks organisiert. Von den Streiks fanden nur 59 nicht die Zustimmung der Zentralverwaltung des Verbandes, ein Beweis dafür, daß auch die Zentralvorstände, trotz nicht günstiger Konjunktur in fast allen Fällen anerkannten, daß kein anderes Mittel übrig blieb, als zum Streike zu greifen. Das Vorhandensein dieses Genehmigungsrechtes zeigt auch, daß die Organisationen sehr genau prüfen, ob nicht in anderer Weise der Wünschen der Arbeiter Geltung verschafft werden kann und daß von einem leichtsinnigen Vorgehen der organisierten Arbeiter nicht die Rede ist.

Die Streiks wurden in 175 Fällen durch einen Vergleich der direkt Beteiligten, durch Vermittlung der lokalen Verwaltung der Organisation in 184, des Zentralvorstandes in 86, des Gewerbegerichtes in 34 und anderer Personen in 24 Fällen beendet.

Von den Streiks waren 778 mit 16 871 Beteiligten Einzelstreiks, die sich nur auf einen Betrieb erstreckten. Nur 83 Streiks wurden geführt, bei denen es sich um ein gleichzeitiges Vorgehen der Arbeiter mehrerer Betriebe handelte, jedoch entfallen auf diese gemeinsam geführten Streiks von der Gesamtzahl der Beteiligten von 55 713 allein 38 842.

Von den gesamten Kosten der Streiks, die 2 237 504 Mk. betragen, kamen allein 2 041 181 Mk. aus den Mitteln der an den Streiks beteiligten Organisationen. 114 906 Mk. wurden durch freiwillige Beiträge aufgebracht, 53 593 Mk. waren Beiträge anderer Gewerkschaften, 25 578 Mk. kamen aus allgemeinen Sammlungen und 2246 Mk. aus dem Ausland. Die Art der Aufbringung der Mittel gibt gewissermaßen einen Einblick darin, in welchem Maße die Finanzkraft der Gewerkschaften im Laufe der Jahre erstarbt ist. Deswegen sei in der folgenden Tabelle nachgewiesen, wie sich in den Jahren, auf welche sich die Statistik erstreckt, die Aufbringung der Mittel gestaltete.

Jahr	Gesamtkosten der Streiks	Davon kamen	
		aus der Kasse der im Streik befindl. Organisationen	aus dem Ausland
1890/91	2 094 922	1 215 025	58,0
1892	84 638	29 271	34,0
1893	172 001	64 128	37,0
1894	354 297	95 341	24,0
1895	424 231	204 970	48,0
1896	3 042 950	724 603	24,0
1897	1 257 298	775 361	62,0
1898	1 345 302	1 051 074	78,0
1899	2 627 119	2 016 157	77,0
1900	2 936 030	2 487 853	84,4
1901	2 515 888	1 734 491	68,9
1902	2 237 504	2 041 181	91,2
Summa	19 092 180	12 429 450	65,1

In den Jahren, in welchen die Gewerkschaften ihren ungünstigen Stand hatten, waren sie genötigt, bei Beginn eines Streiks andere Organisationen um Hilfe anzurufen oder Sammlungen zu veranstalten. Nach der Erstarkung der Organisation kam man dazu, die Streikkosten aus den Kassen der Verbände zu decken. Im Jahre 1902 wurden 91,2 Prozent der Kosten der Streiks von den direkt beteiligten Gewerkschaften selbst aufgebracht. In den Jahren, in welchen ein Rückgang dieses Prozentsatzes gegenüber den Vorjahren vorhanden, wurden Streiks geführt, deren Unkosten zum großen Teil aus den Beiträgen nicht direkt beteiligter Gewerkschaften und Seeleute in Hamburg und 1901 der Generalstreik der Glasarbeiter. In solchen Ausnahmefällen ist es selbstverständlich, daß von der nicht unmittelbar beteiligten Arbeiterschaft Hilfe geleistet werden muß, und sie wird gern geleistet, weil auch die der Hilfe bedürftigen Gewerkschaften bestrebt sind, die nötigen Mittel anzufassen, um für den Kampf gerüstet zu sein. Darin ist in dem letzten Jahrzehnt ein ganz gewaltiger Fortschritt erzielt und finden wir darin die Gewähr, daß den Gewerkschaften trotz der Niederlagen, welche sie in langen und schweren Kämpfen erlitten haben, die Zukunft gehört.

Das Jahr 1902 brachte den Gewerkschaften gleichfalls nur bei der Hälfte der geführten Kämpfe vollen Erfolg. Berücksichtigt man aber, daß mehr als die Hälfte der Streiks zur Abwehr geführt werden mußten und doch bei diesen die Unternehmer in den meisten Fällen sich in günstigerer Kampfsituation befinden als die Arbeiter, so ist der Erfolg der Kämpfe des letzten Jahres durchaus kein ungünstiger zu nennen. Die Verluste, welche die Arbeiter in diesen Kämpfen erlitten haben, zeigen uns aber wiederum, daß die Rüstung für den Kampf noch nicht ausreichend war. Es muß daher das Ergebnis der Streikstatistik eine Mahnung an die Arbeiterschaft sein, weiter zu rüsten, die Organisationen zu stärken und für die Ansammlung genügender Mittel zur Führung des Kampfes zu sorgen. Weiter aber ist zu beachten, daß die Arbeiter auf das genaueste prüfen müssen, ob es ratsam ist, in der Zeit der ungunstigen Konjunktur auf jede Provokation der Unternehmer hin zum Streike zu greifen. Ruhig erwägend und die eigenen wie die Kräfte des Gegners sorgsam prüfend, muß entschieden werden, ob das letzte Mittel, welches den Arbeitern zur Verfügung steht,

angewandt werden soll. Kommt es hierzu, dann muß treues Aushalten und feste Entschlossenheit den Kampf auszeichnen. Beschreibt dieses, so werden wir Schritt für Schritt vorwärts kommen, und die Zahl der ungünstigen für die Arbeiter verlaufenen Kämpfe wird wesentlich geringer werden. C. Legien.

Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsmarkt im Monat August 1903.
Metall- und Maschinenindustrie.

In der Eisen- und Metallindustrie ist sowohl im schlesischen wie im rheinisch-westfälischen Bezirk im August eine weitere Besserung eingetreten: die Hochöfenwerke waren voll beschäftigt, der Abfall an Roh Eisen gut. Der Geschäftsgang in der Eisengießerei war reger, in der Nöhrengießerei besonders lebhaft. Stahl- und Walzwerke im rheinisch-westfälischen Bezirk bezeichnen den Geschäftsgang meist als ziemlich befriedigend, einzelne Werke sind allerdings nur noch für kurze Zeit mit Aufträgen versehen. Allgemein werden die Preise noch als sehr gedrückt hingestellt. An Arbeitskräften ist immer noch Überangebot vorhanden, wenn auch von der einen oder anderen Stelle ein leichter Mangel gemeldet wird. Ebenso sind neuemwertete Lohnverhandlungen nicht vorgekommen.

Eine erfreuliche Besserung meldet ein großer Teil der Werke der Maschinenindustrie, insbesondere auch aus dem Berliner, dem westfälischen Werke. Aus Schlesien wird die Beschäftigung zum Teil als normal, zum Teil noch als unbefriedigend geschilbert. Für den Lokomotivbau war der August nicht so günstig wie im Vorjahr. Der Bau von Papiermaschinen war normal beschäftigt. Kesselschmieden hatten dagegen noch immer nicht in der wünschenswerten Weise zu tun. Die Lokomotiv- und Dampfmaschinenbauanstalten waren mit Aufträgen genügend versehen, nur von einer Seite wird der Geschäftsgang als wenig zufriedenstellend bezeichnet.

Im Werkzeugmaschinenbau besagt der kleinere Teil der Berichte, daß keine Besserung der Geschäftslage oder gar eine Verschlechterung stattgefunden hat. Die Mehrzahl der Berichte meldet dagegen eine Besserung der Verhältnisse, doch meistens nur eine leichte, deren Ausbau von einzelnen jedoch bezweifelt wird. Auch werden die Preise nach wie vor als unzulänglich bezeichnet wegen des starken Wettbewerbes. Nur wenige Berichte melden einen entschiedenen Aufschwung. Ursache der besseren Beschäftigung ist namentlich ein reger Bedarf des Inlandes, der sich lange zurückgehalten hat. Als Auftraggeber werden zum Beispiel die Hüttenwerke bezeichnet. Das Ausland sandte im allgemeinen noch wenig Aufträge ein. Die Nachfrage von Seiten der staatlichen Werkstätten von Eisenbahnen, Heer und Flotte war gering. Was das Angebot von Arbeitskräften betrifft, so werden die Verhältnisse überwiegend als normal bezeichnet. An geschulten Arbeitern war Mangel, an mittelmächtigen reiches Angebot. Ein Teil der Werke meldet Überangebot, andere Mangel an Arbeitern. Die Löhne liegen fest. Feiertage kamen nicht vor, dagegen Überarbeit, zum Teil nur in einzelnen Betriebsabteilungen. Die Ursachen waren meist sehr kurze Feiertage.

Noch immer unzureichend war in allen Bezirken die Beschäftigung des Eisenbahnwagenbaues, wenn sie an einzelnen Stellen auch im bescheidenen Umfang durch Vergebung einer beschränkten Zahl von Personenwagen seitens der preussischen Staatsbahnverwaltung gehoben wurde. Das Überangebot von Arbeitskräften ist sehr groß, die Arbeitszeiten sehr stark eingeschränkt. Die Löhne liegen fest.

In der Drahtstiftfabrikation flaut die Beschäftigung ab, die Verkaufspreise waren geringer. Löhne und Arbeitszeiten liegen fest.

Elektrische Industrie.

Die Gesamtlage der elektrischen Industrie ist zwar noch immer nicht ganz zufriedenstellend, kann aber doch als erheblich gebessert bezeichnet werden.

Im Bau von Dynamos, Elektromotoren und Transformatoren war die Geschäftslage mäßig befriedigend, gegen den Monat Juli unverändert. Es wurde durchwegs mit vollen Arbeitskräften gearbeitet, bei einzelnen Werken kamen in geringem Umfang Überstunden vor. Als normal, teilweise sogar als gut wird die Beschäftigung der Telephon- und Telegraphenwerke bezeichnet. An einer Stelle (Berlin) streikten die Arbeiterinnen wegen zu geringen Wochenverdienstes. Es wurde ein Minimallohn von 12,76 Mk. pro Woche festgesetzt und dadurch der Streit Ende August beigelegt. In der elektrischen Beleuchtungsbranche war die Beschäftigung lebhafter als im Jahre 1902, und gegen die vorhergehenden Monate gebessert. Es hängt das zum Teil mit der beginnenden Herbst- und Winterzeit zusammen. Weibliches Personal war sehr gesucht. Die Fabrikation isolierter Drähte und Bleitafel war mäßig beschäftigt, unter Berücksichtigung der Jahreszeit aber ziemlich zufriedenstellend. Gegen die Vorjahre ist ein Nachlassen der Aufträge bemerkbar; in Starkstromkabeln geben nur noch sehr wenig Aufträge ein. Das hängt zum Teil mit der Jahreszeit zusammen, da im Winter wenig Kabel verlegt werden und die Bestellungen für den Herbst bereits früher vergeben sind. In Schwachstromkabeln für Telegraphie und Telephonie bestand starke Nachfrage. In der Bleitafelfabrikation wird über sehr schnellen Wechsel der Arbeiter geklagt, was durch die Schwere der Arbeit zum Teil erklärt wird. Löhne liegen fest. Vereinzelt kam Überarbeit vor. In der Fabrikation galvanischer und elektrischer Kohle war gegen Juli in der Beschäftigung ein Unterschied nicht zu bemerken, sie ist ziemlich zufriedenstellend. Da die Saison beginnt, feste die Nachfrage lebhafter ein. Die Arbeitsverhältnisse waren normal, das Angebot war etwas knapp. In Isolator- und Isoliermaterialien war die Beschäftigung zufriedenstellend, gegen die letzten Monate ist eine weitere Besserung bemerkbar. Die Arbeitsverhältnisse waren durchaus normal bei festen Löhnen und vollen Arbeitskräften. Das gleiche ist zu bemerken für die Akkumulatorenfabrikation. Die bereits im Juli bemerkte starke Nachfrage nach Akkumulatoren hat sich noch weiter gesteigert, bei allerdings gedrückten Preisen. Überarbeit war mehrfach notwendig. Für Starkstromapparate steigerte sich die Nachfrage erheblich. Die Fabrikation elektromedizinischer Apparate und Instrumente war gleichfalls im August flott beschäftigt, der Umsatz war verhältnismäßig hoch. Die Arbeitsverhältnisse waren normal. Es werden volle Schichten gearbeitet.

Der Beschäftigungsgrad nach den Nachweisungen der Krankenkassen.

Hervorgehoben sei hier, daß die Besserung in der Metallindustrie auch nach den Nachweisungen der Krankenkassen sich fortsetzt, und daß im Monat August auch die Kassen der Maschinenindustrie insbesondere eine Vermehrung der Mitgliederzahlen an den meisten Orten aufweisen.

Die fortgesetzte Besserung in der Metallindustrie tritt auch diesmal wieder in den Nachweisungen sowohl der Ortskrankenkassen wie der Betriebskrankenkassen in Erscheinung. Die Ortskrankenkassen der Maschinenbauer und Metallarbeiter haben in einer großen Anzahl Städte steigende Mitgliederzahlen aufzuweisen und die Betriebskassen der Maschinen- und Metallindustrie zeigen auch eine Zunahme um 563 männliche und 186 weibliche Personen.

Steigende Zahlen für die Metall- und Maschinenindustrie finden sich insbesondere in Köln, Dortmund, Düsseldorf, Hamburg, Berlin und Halle. Auch die Bewegung der Kassen der elektrischen Industrie und der Bergwerksindustrie bestätigt die sonst über diese Industrien vorliegenden günstigen Nachrichten. Die Textilindustrie zeigt ein leichtes Fallen der Mitgliederzahlen bei den Betriebskassen.

Die besonderen Nachweisungen, welche auch in diesem Monat wieder für die Städte Düsseldorf und Frankfurt a. M. vorliegen, bestätigen im wesentlichen die obigen Angaben. In Düsseldorf überstiegen die Anmeldungen im August die Abmeldungen bei den Ortskassen: in der Metall- und Maschinenindustrie um 42, da im 1904, in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe um 57, in den Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe um 166. In Frankfurt überstiegen die Abmeldungen die Anmeldungen um 170 in Baugewerbe, um 32 in der Industrie der Bekleidung und Reinigung.

Die Hamburger Nachweisung der am Schlusse des Monats August kündigt beschäftigten Personen ergibt eine Zunahme um 971 Personen. Die Zunahme entfällt in der Hauptsache auf die Gewerbe der Metallverarbeitung (223), des Baugewerbes (632) und des Verkehrs (283), während das Handelsgewerbe einen Rückgang zeigt, und ebenso auch die polygraphischen Gewerbe.

Das Ergebnis läßt sich für den Monat August dahin zusammenfassen, daß, soweit aus den Nachweisungen der Krankenkassen ein Schluß gezogen werden darf, der Beschäftigungsgrad sich im August auf der gleichen Höhe wie im Juli gehalten, Lage weiter gehoben, in der Textilindustrie nicht weiter verschlechtert. Im übrigen erklären sich die Veränderungen zum Teil die Stellungen eingenommen haben, in die Städte, ein Vorgang, der an und für sich eine Änderung des Beschäftigungsgrades überhaupt nicht bedeutet, aber bei dieser Statistik als eine Zunahme in die Erscheinung tritt.

Gewerkschaftskonferenz für Oberschlesien.

Am Sonntag, den 13. September fand in Dnawicim (Ostpreußen) eine Konferenz statt, an der 51 Delegierte teilnahmen. Außerdem waren 7 Gäste aus Oberschlesien und 4 aus Ostpreußen anwesend. Unter den Delegierten befanden sich unter anderem: Legien, als Vertreter der Generalkommission, Schumann und Zimmer ersterer als Vorsitzender des Zentralverbandes der Handels- und Transportarbeiter, letzterer als Bauvorsitzender für Schlesien. Ferner: Scholich-Wreslau, als Vertreter der Holzarbeiter, Schlegel, Bezirksleiter des Metallarbeiter-Verbandes, sowie Schütz, als Obmann der Agitationskommission für Schlesien.

Die Konferenz beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage, wie in Zukunft die gewerkschaftliche Organisation und Agitation zu gestalten und zu betreiben ist. Es wurde allgemein betont, daß gerade in Oberschlesien der Charakter der Bewegung ein rein gewerkschaftlicher sein müsse. Wäre dies nicht der Fall, dann entständen die großen Hindernisse, die der Entwicklung der Gewerkschaften hier entgegenstehen, noch neue. Das sei nicht nötig. Uns freireligiös denkt. Auch die polnische Frage habe keine Rolle in den Gewerkschaften zu spielen. Die Gewerkschaften seien lediglich bedingungslos. Im Verlauf der Debatte zeigte sich, daß sämtliche Delegierte darin einig waren, daß erforderliche Maßnahmen unternehmen werden müssen, mit denen mehr Eingang bei den Arbeitern auch das, was vorhanden und im Laufe eines Jahrzehntes geschaffen worden ist, einen ganz erfreulichen Fortschritt bedeute, so länden alle diese gelte es zu gewinnen. Da die Frage der Agitation und der Gewerkschaften angefallen Arbeitersekretäre zusammenfällt, wurde zugleich auch die fernere Tätigkeit des Sekretärs besprochen. Nach eingehendster Debatte fand schließlich nachstehendes Regulativ nahezu einstimmige Annahme. Das Regulativ gilt für die Kreise Kattowitz, Jabrze, Beuthen, Tarnowitz, Oleśnica, Lublinitz, Pleß und Hybnit und hat folgenden Wortlaut:

1. Agitationskommission.

§ 1. Die Agitationskommission für Oberschlesien besteht aus sieben Personen, und zwar: einem Sekretär, dem jeweiligen Gauvorsitzenden der Gewerkschaften, und vier Beisitzern, letztere werden gewählt am Orte der Kommission.

§ 2. Die Wahl der Agitationskommission kann nur auf einer Gewerkschaftskonferenz erfolgen, ihre Amtsdauer währt bis zur nächsten Konferenz, wählbar ist jedes Mitglied der zentralorganisierten Gewerkschaften. Die Kommission hat ihren Sitz am Orte des Sekretariats.

§ 3. Scheidet während einer Wahlperiode ein Kommissionsmitglied aus, dann hat die Kommission eine Kandidatenliste aufzustellen, die Wahl erfolgt in einer Sitzung des am Orte vorhandenen Gewerkschaftsstellens, mittels geheimer Abstimmung.

§ 4. Zur Kontrolle der Kassen und Buchführung des Sekretärs hat die Kommission drei Revisoren zu wählen, welche die Kasse vierteljährlich zu revidieren haben.

2. Aufgaben des Sekretärs.

§ 5. Der Sekretär hat:
a) Täglich von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, an Invaliden, und denen, welche durch die Gesetzgebung kein Koalitionsrecht besitzen, Rechtshilfe zu erteilen. Eintritt und Beiträge dürfen vereine oder Vertrauensleute vorhanden nicht entgegengenommen werden, sondern müssen an die zuständigen Instanzen verwiesen werden.
b) Die Agitation im Bezirk, mit Hilfe der Agitationskommission und der Kartelle, unter Ausschluß aller politischen Fragen, zu fördern und soweit wie möglich selbst zu betreiben.
c) Darauf zu achten, daß die Kassen- und Buchführung in den Zweigvereinen, soweit Gauvorsitzende nicht vorhanden, in Ordnung sind, und alle ihm von den Zentralvorständen aufgetragenen Revisionen vorzunehmen.
d) Der Agitationskommission über die Vorgänge und Verhältnisse in den Gewerkschaftsorganisationen Bericht zu erstatten.
e) Jedes Quartal der Generalkommission eine Abrechnung über Einnahme und Ausgabe der Kasse einzusenden.
f) Wöchentlich einen Bericht über die Entwicklung der Organisationen im Bezirk unter Berücksichtigung aller wichtigen Vorkommnisse und einen Kassenbericht im Korrespondenzblatt zu veröffentlichen.

3. Sitzungen und Konferenzen.

§ 6. Zur Verhandlung in taktischen Fragen in bezug auf Agitation können nach Bedarf unter Zustimmung der jeweiligen Kartellvorsitzenden mit beratender und beschließender Stimme, Sitzungen abgehalten werden.

§ 7. Die Einberufung einer Gewerkschaftskonferenz findet nach Bedarf statt. Die Einberufung hat durch die Agitationskommission zu erfolgen.

§ 8. Zur Vertretung auf der Konferenz ist jeder Zweigverein der zentralorganisierten Gewerkschaften verpflichtet und berechtigt.

§ 9. Die aus der Besetzung der Konferenzen erwachsenden Unkosten haben die Organisationen respektive Zweigvereine selbst zu decken.

4. Entschädigung.

§ 10. Wenn Mitglieder der Agitationskommission oder von dieser Beauftragte zur Erledigung ihrer Aufgaben die Arbeit vermissen, wird ihnen der Ausfall an Arbeitsverdienst vergütet. Sind mit der Erfüllung der Aufgaben Reisen verbunden, dann werden außer dem Arbeitsverdienst noch Fahrgehalt im Höchstfalle dritter Wagenklasse (Retourbillet), sowie für einen ganzen Tag mit Übernachtung 3 Mk., für einen ganzen Tag ohne Übernachtung 1,50 Mk. gewährt.

Nach Annahme dieses Regulativs und nachdem ein Antrag, geleitet nach Beuthen oder Königshütte zu verlegen, abgelehnt war, erfolgte die Wahl der Agitationskommission. Die Kommission besteht darnach aus folgenden Personen: Gzomer, Vertrauensmann der Bergarbeiter; Franke, Töpfer; Anders, Stein-

brucker; Quaschniof, Buchdrucker, und Königsdorf, Fabrikarbeiter. Alle Anfragen und Briefe sind zu richten an: Arbeitersekretariat Kattowitz O.S., Mathiasstraße 6, partierre.

Ferner gelangte nachfolgender Antrag zur Annahme: Wenn von der obersteinsten Agitationskommission oder anderen Vertretungsorganen (Kartellvorsitzenden etc.) nach anderen Orten Nachricht gegeben wird, daß größere Trupps sogenannter Arbeitswilliger hierorts angeworben sind, nachher sich aber herausstellt, daß diese Mitteilung an eine nicht zuständige Adresse gerichtet ist oder auf im ersten Falle die zuständige Organisation, im zweiten Falle die Generalkommission die Kosten übernimmt.

Nachdem noch vom Vorsitzenden der Konferenz, der Wunsch ausgesprochen worden war, daß die einzelnen agitatorisch tätigen Gewerkschaftsmitglieder bei Gewinnung neuer Mitglieder gegenseitig loyal verfahren mögen, so daß die sogenannten Grenzstreitigkeiten vermieden werden, wurde die Konferenz nach achtstündiger Dauer gegen acht Uhr abends mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Die Arbeiterbesitzer der deutschen Gewerbegerichte

hielten am 10. September in Dresden eine mehrtägige Sitzung, um Stellung zu nehmen zu den wichtigeren Verhandlungsgegenständen des Verbandstags der deutschen Gewerbegerichte. Beisitzer des Dresdener Gewerbegerichtes leiteten die Verhandlungen. Der Abgeordnete und Berliner Arbeitersekretär Körner erstattete den Bericht des Zentralausschusses der Gewerbegerichtsbesitzer aus dem Stande der Arbeitnehmers. Er führte aus, daß die sämtlichen Kosten dieser Einrichtung von der Berliner Gewerkschaftskommission getragen würden, die Arbeitslast war keine geringe, wurden doch 1100 Schriftstücke verhandelt. Da sowohl das preussische Handelsministerium wie die Frankfurter Behörden Landesstatute auf Grund des neuen Gewerbegerichtsgesetzes ausgearbeitet hatten, sah der Zentralausschuss von der Abfassung eines eigenen Musterstatuts ab, anfragenden Gewerbegerichtsbesitzern wurde das Berliner Statut mit einigen Abänderungsvorschlägen zur Verfügung gestellt. Eine Verständigung mit dem Verband der deutschen Gewerbegerichte wurde durch den Umstand erschwert, daß derselbe sich als ein Verband von Behörden fühlte, der nichtamtlichen Stellen eine Gleichberechtigung in seinem Rahmen nicht gestatten wollte. Heute haben zwischen Vertretern des Zentralausschusses und der Dresdener Gewerbegerichtsbesitzer und dem Verbandsausschusse Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Annäherung geführt haben. Auf der Vorbereitung von Bestimmungen habe man nicht weiter bestanden, denn man könne über den Wert und die Wichtigkeit der Urteile und der Gesetzesauslegung nicht gut abstimmen, auf eine Anteilnahme an den Abstimmungen über formale Dinge zu bestehen, lohne sich aber nicht. Eine Beteiligung der Arbeiterbesitzer an dem Ausschuss sei zwar formell zu gestanden, tatsächlich werde sich aber nicht viel an den bestehenden Verhältnissen ändern. Es ist zwar die Möglichkeit eröffnet, daß Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer von den städtischen Behörden offiziell zu den Verbandstagen entsandt werden, und daß je ein Arbeiter und ein Unternehmer dem vielschichtigen Vorstand angehören werden, diese sollen aber nicht von den betreffenden Gruppen gewählt, sondern von den Vorsitzenden der Gewerbegerichte kooptiert werden. Körner weist dann auf die merkwürdige Auslegung des Gewerbegerichtsgesetzes in Prenzlau hin, wo bloß den in Arbeit stehenden Arbeitern das Wahlrecht zugesprochen wurde. Die Erhebung einer Beschwerde an den Regierungspräsidenten wurde an das Gewerbegericht, aber nicht an den Beschwerdeführer geleitet, das Gewerbegericht weigert sich aber, etwas über die Antwort des Regierungspräsidenten an den Beschwerdeführer mitzuteilen. Man wird sich hiergegen an das Staatsministerium mit einer neuer Beschwerde wenden müssen.

Wiesack wurde der Wunsch nach einer festeren Organisation der Gewerbegerichtsbesitzer aus dem „Stande der Arbeiter“ ausgesprochen. Dagegen ist auf den sehr richtigen Beschluß des Stuttgarter Gewerkschaftslogenresses hingewiesen, der sich gegen diesen Versuch weiterer Zersplitterung der Arbeiterbewegung wende. Man solle sich hüten vor Schaffung neuer Organisationen, die Sonderinteressen vertreten; die Gewerbegerichtsbesitzer sollen sich nicht als etwas besonderes, sondern als Gewerkschaftler fühlen, sie sollen nicht bloß ihre Erfahrungen ihren Kollegen, sondern der Gesamtheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu gute kommen lassen.

Die Vertreter von Mannheim und Zeitz stimmten diesen Ausführungen bei. Der Arbeiterbesitzer aus Zeitz sprach sich ferner gegen die Vertretung aller Gewerbegerichte auf dem Verbandstag aus, eine Besichtigung desselben durch den Zentralausschuss und die Veröffentlichung einer Broschüre über den Inhalt der Verhandlungen erschien ihm ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen Modus. Dagegen meinte Holz-Dresden, daß man in eine energische Agitation einzutreten habe, damit alle Gemeindevertretungen auf ihre Kosten Arbeitervertreter zu den Gewerbegerichtstagen entsenden, was sehr von vielen Städten, aber bei weitem nicht von allen gechehe. Redner wünscht auch eine stärkere und regelmäßige geistige Führung unter den Arbeiterbesitzern.

Oberländer-Zeulertoda tritt dem Wunsche auf feste Organisation entschieden entgegen: er wünscht, daß das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands den gewerbegerichtlichen Fragen noch mehr Aufmerksamkeit schenke und allen Beisitzern regelmäßig zugänglich gemacht werde.

Schulz-Gerberfeld lehnte eine straffere Organisation des Zentralverbandes der Gewerbegerichtsbesitzer des Deutschen Reiches ab, erwünscht aber regelmäßige Zusammenkünfte der Beisitzer in jedem Orte. An der Delegation für den Verbandstag auf Kosten der Städte sei festzuhalten.

Heymann-Offenbach ist mit der Tätigkeit des Zentralausschusses einverstanden und nimmt die Konzeption des Verbandsausschusses an, er empfiehlt eine feste Organisation der Gewerbegerichtsbesitzer. In seinem Schlusswort stellt Körner fest, daß der Zentralausschuss 25 Versammlungen abgehalten habe, so unter anderem in Götting und Guben, er war bemüht für die Fortbildung der Gewerberichter durch Rechtsanwältinnen und andere juristische Vortragende Sorge zu tragen. Die Beisitzer sollen stets bestrebt sein, ihr Wissen zu vergrößern, die einschlägige Literatur anzuschauen und zu studieren, auch an der Zeitschrift Das Gewerbegericht mitzuarbeiten. Um eine Zersplitterung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu vermeiden, warne er vor besonderen Organisationsbestrebungen der Gewerbegerichtsbesitzer.

Beschlossen wurde, daß die Arbeiterbesitzer jedes Gewerbegerichts einen Kollegen beauftragen, der die Beziehungen mit dem Zentralausschuss zu pflegen habe. Der Sitz des Zentralausschusses bleibt in Berlin. Die Besichtigung der Verbandstage auf städtische Kosten herbeizuführen, soll überall erstrebt werden. Massini referierte über die Erfahrungen mit dem Proportionalwahlssystem. Die Praxis lasse sich nicht zugunsten dieses Systems deuten. Bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen wäre die Einführung des Proportionalwahlsystems viel dringlicher gewesen wie bei den Gewerbegerichten. Dasselbe wurde nicht aus Rücksicht der Gerechtigkeit oder um einer Gruppe von Arbeitern eine Vertretung zu sichern eingeführt; nein, man wollte der Gewerkschaften, der modernen Arbeiterbewegung, christlichen Gewerkschaften, evangelischen Arbeitervereinen, Hirsch-Dundeschen Bewegung Abbruch zu tun. Wir haben gar keinen Anlaß, derartiger moderner Arbeiterbewegung wollen wir nicht zu Ansehen und Macht zu verschaffen. Daß die Verhältnismäßigtheit theoretisch und praktisch eingeführt wurde, um der Sozialdemokratie entgegenzuwirken, leuchtet er unter Anführung von Beispielen und Zitaten aus der Sozialen Praxis und aus dem Arbeitsmarkt. Das Mannheimer System der Proportionalwahl erscheint ihm zu kompliziert, den Arbeitern unerträglich und direkt schädlich. Selbst die Kreuz-Zeitung gerichten im vollsten Maße ihre Pflicht erfüllen. Die Verhältnismäßigwahl einzig bei den Gewerbegerichten durchzuführen, sei ein Non Sens.

Krafft-Mannheim beleuchtet das Interesse sozialdemokratischer Minderheiten in katholischen Gegenden an der Verhältniswahl. Man könne auf Grund dieses Systems auch einen Teil in die Reihen des Unternehmertums hineintreiben. In Mannheim sei dank des Proportionalwahlsystems auch in Unternehmertum für unsere Anschauung bei der gewerberechtlichen Rechtspredigung Bahn gebrochen worden. Die Vorteile des Proportionalwahlsystems erscheinen ihm für Mannheim nicht wohl befreiend. Erst die Beteiligung der Gegner schaffe in unseren Kreisen gesteigertes Interesse und höhere Wahlbeteiligungsziffern.

Brun-Mainz erklärt sich von seinem politischen Standpunkt gegen die Ausführungen Massini, er fordert zwingende reichsgesetzliche Bestimmungen, an Stelle des Bestehens gemeindlicher Behörden. Er schildert dann das in Mainz beliebte System der Verhältniswahl, welches den Gegnern die Auswahl unter unseren Kandidaten, die Ausübung unserer besten Kräfte ermöglicht. Die Bedeutung und Wichtigkeit der Wahl von Unternehmervvertretern durch uns solle man nicht überschätzen, besonders dort, wo das Kleinbürgertum durch die Schaffung von Konsumvereinen mißbegünstigt gemacht wurde.

Solz-Dresden: Überall dort, und nur dort, wo man uns schaden kann, führt man dieses Wahlsystem ein. Man öffnet der Willkür, unseren Einfluß zu mindern, Tür und Tor. Wenn auch der Dresdener Vorkämpfer unserer Objektivität alles Lob spendet, haben die Hirsch-Dunderschen doch die beste Aussicht auf Einführung der Verhältniswahl. Man hoffe nicht zu viel auf Entschädigung unserer Verluste durch Erfolge im Wahlkörper der Unternehmer. Bei diesen sollte es bedeutend mehr Mut wie bei den Arbeitern, sich offen zur Sozialdemokratie zu bekennen.

Starke-Dresden schließt sich diesen Ausführungen an und bemerkt, daß die zu uns gehörenden Unternehmerbeiträge nie so rücksichtslos wie die Arbeiter auftreten werden. Er erinnert an den Widerspruch Caprivis, daß man bei jedem Gesetzgebungsakte die Wirkung auf die Sozialdemokratie in Rechnung ziehe, dies sei bei Einführung des Proportionalwahlsystems geschehen.

Seiler-Ludewig warnt den Behörden bei Einführung des Proportionalwahlsystems Vorschub zu leisten.

Körsten-Berlin verlangt unter Hinweis auf die Verhältnisse in Rheinland-Westfalen obligatorische Einführung des Proportionalwahlsystems oder Bekämpfung jeder Einführung desselben auf Grund des bestehenden Gesetzes. Frisch sei, uns die Verleugnung unserer Prinzipien vorzuwerfen. Wir wünschen auch nicht, daß man uns der Dummheit anklage. Man hat den § 16 des Gewerbeverordnungs-Gesetzes zu unserem Schaden verschlechtert, daß sozialdemokratische Unternehmer kaum jemals in die Lage kommen können, bei diesen Wahlen abgustimmen.

Hun können bloß Unternehmer, welche Arbeiter beschäftigen, wählen; wer waren aber unsere Wähler? Kleine Händler, Gastwirte u., die allein tätig waren. Wir dürften in Berlin und in anderen Orten mit dem Verlust unserer Unternehmerrufe zu rechnen haben. Die Einzeichnung in die Wählerlisten, die die Wahl sehr erschwert, wird nicht von Gesetz, wohl aber vielfach von den Gemeindevorständen gefordert. Derartige Gemeindefestsetzungen sind im „christlichen“ München-Gladbach, sondern bloß dort bereitet, wo wir in der Mehrheit sind. Nehmer weißt noch auf andere Ungerechtigkeiten der Kommunalverwaltungen hin, wenn wir uns an der Wahl der „Arbeitgeberbeiträge“ beteiligen wollen. Nicht nur die Tradition, auch die Klugheit muß für uns maßgebend sein.

In seinem Schlußwort weist Massini eindringlich auf die scharfe Haltung der Majoritätsparteien hin, wenn diese mit sozialistischen Minderheiten zu rechnen haben. Dann gilt für sie nur ein Prinzip, uns zu schwächen. In Berlin waren für die Anwendung des nun geltenden Proportionalwahlsystems bloß die Vorkämpfer, nicht aber die Besitzer, Unternehmer und Arbeiter begegneten sich in der Ablehnung. Obligatorisches Verhältniswahlsystem oder überhaupt keines, das muß unsere Parole sein. Kein Fußbreit von dem eroberten Terrain können wir dem Gegner freiwillig abtreten.

Kern-Witzburg stellt eine Resolution, die, unbeschadet späterer redaktioneller Änderung, im Prinzip ohne Widerspruch beschloffen wird. Sie lautet:

Das Proportionalwahlsystem bei der Wahl zu Gewerbegerichten wird von den Gemeindebehörden ausschließlich zur Schwächung der Vertreter der modernen Gewerkschaften benutzt; es ist kein Fall bekannt geworden, daß das Proportionalwahlsystem jemals einer Minderheit modern gewerkschaftlich organisierter Arbeiter zu gute kommt. Die Konkurrenz der Arbeitgeberbeiträge verweist deshalb das gegenwärtige System der Verhältniswahl, das als Mittel des Klassenkampfes gegen die moderne Arbeiterbewegung ausgenutzt wird.

Massini wird zum Vertreter dieses Standpunktes auf der Bundesversammlung bestimmt.

In geschäftlicher Weise erörtert Ahrens-Berlin die Notwendigkeit einer Angliederung der Kaufmannsgerichte an die Gewerbegerichte. Doch dürfte man hier nicht schablonenhaft verfahren. Die Wahl sind die Handlungsgeschäften in ihrer großen Masse zu den gleichen proletarischen Lebensverhältnissen verdammt wie die Industriearbeiter. Aber die verschiedenen Rangabstufungen schaffen gedankte Verhältnisse, vor allem bedeutend höhere Stufenunterschiede, deshalb müsse man die Grenze für die Berufsmöglichkeit von 100 auf 500 Mk. für die Handlungsgeschäfte verschieben. Zu bezagen ist, daß in dem Entwurf der Reichsregierung Einigungsämter nicht vorgesehen waren, daß auch hier das Stimmrecht der weiblichen Arbeiter nicht in modernem Sinne geregelt wurde. Die Einziehung von Berufsjuristen als Rechtsvertreter würde er bedeuten, es würde dies dann auch bald bei den Gewerbegerichten möglich sein. Aus allen in Betracht kommenden, eingehend von ihm gewürdigten Gründen erklärt sich Referent für den Anschluß der kaufmännischen Hofabstufungen an die Gewerbegerichte. Auf Antrag Meiner-Röthen wird der Berichterstatter mit der Vertretung dieser Anschauungen auf dem Verbandstag betraut.

Josephson-Hamburg, der Vorsitzende der modernen Handlungsgeschäftsorganisation, hatte eine größere Unterstützung der Handlungsgeschäftsverbände durch die Arbeitnehmerbeiträge erhofft. Man verzeihe nicht, daß das Heer der Handlungsgeschäfte in Deutschen Reiches 500 000 betrage, nur wenige von diesen leben in besseren als proletarischen Verhältnissen. Eine engere Fühlung mit dem Zentralverband der Handlungsgeschäfte wäre manchen Arbeitervertreter in diesem Falle sehr förderlich gewesen. Sie könnten nach wie vor mit männlichen und sehr tüchtigen Räte und sachkundigen Ratsherrn zur Verfügung. Er ist begierig, ob man zuletzt das Proportionalwahlsystem bei den Kaufleuten zum Schaden von uns, zum Schaden der Arbeiter einzuführen wird.

Die weiteren Debatten behandelten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Dresdener Gewerbebeitragsgebern und Josephson, dann die Frage der Elbzollgerichte. Wohl-Münchberg betont, daß zur Klärung mancher Fragen weiß den Arbeitgeberbeiträgen so wenig Zeit bleibt. Hiermit wird die Konferenz nach vierstündiger Dauer geschlossen. (Der Bericht über die Verbandversammlung deutlicher Gewerbebeiträge bringen wir in nächster Nummer.)

Zentralverband der Ortskrankenkassen.

Die zehnte Jahresversammlung begann am 13. Sept. abends in Breslau im „Palastrestaurant“ mit einer Kammersammlung. Der Vorsitzende der Ortskrankenkassen Leipzig, Apothekenbesitzer Steinmetz, eröffnete die Jahresversammlung, indem er die zahlreich erschienenen Delegierten willkommen hieß und insbesondere den Regierungsrat Spangenberg-Breslau, der im Auftrag des Regierungspresidenten den Beryandlungen bewohnte. In Vorsitzenden wurden Steinmetz-Leipzig, Süniger-Breslau und Zolner-München gewählt. Als Schriftführer fungierte Egidius-Weimar, Magaca-Berlin und Hasnans-Berlin. Es wurde nach längerer Debatte beschlossen, die einzelnen Anträge betreffend Gesetzänderung über wesentlichen Vorberathungskommission zu überweisen. Die eigentlichen Verhandlungen begannen Montag vormittag um 9 Uhr. Anwesend waren 172 Vertreter für 112 Kassen mit 1170160 Beiträgern.

Im Namen der geschäftsführenden Kasse erstattete Direktor Uhlmann-Leipzig einen kurzen Bericht über die Tätigkeit derselben im vergangenen Jahre, wobei er auf den gedruckten Bericht verwies.

Sybow-Berlin kritisierte scharf, daß der Bericht in so unvollkommener Weise geliefert worden sei. All die wichtigen Vorworte des letzten Jahres auf dem Gebiet der Sozialreform hätten darin nicht die entsprechende Würdigung erfahren: Die Wohnungsfrage, die Arztfrage, die neue Krankennovelle, der Krankentafelvertrag. Der geschäftsführende Ausschuss dürfe nicht zu einer reinen Registriermaschine herabsinken. Es sei aber selbst nicht einmal alles registriert worden. Besonders notwendig sei es insbesondere gewesen, die scharfen Angriffe zurückzuweisen, die die Ärzte gegen die Krankentafelverwaltungen geschleudert hätten. Ebenso hätte die Frage der Reichsanzuge, die den Krankentafeln einen großen Teil ihrer Einnahmen zu verschlingen drohe, eine Erwähnung verdient. Er drückt den Wunsch aus, daß das in Zukunft besser werden möge.

Uhlmann-Leipzig erwiderte, daß bisher eine solche Erweiterung des Berichtes nicht gewünscht worden sei. Es sei übrigens zu befürchten, daß wenn der Wunsch des Vorredners erfüllt werden sollte, der Bericht zu einem wissenschaftlichen Werk werden würde.

Prinz-Rottbus regte an, zur Unterstützung der geschäftsführenden Kasse eine ständige Kommission zu wählen.

Fischer-Weimar griff ebenfalls den Bericht an. Was solle die Regierung denken, wenn man zu derartig wichtigen Fragen keine Stellung nähme?

Ein Antrag Prinz, eine ständige Kommission zur Unterstützung der geschäftsführenden Kasse zu wählen, wurde angenommen.

Geb. Medizinalrat Dr. Reijser-Breslau hält dann einen Vortrag über das Thema: „Inwiefern können die Krankentafeln zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beitragen.“ Er verlangt zunächst eine gute Statistik. Es müßten gesetzliche Vorschriften angefertigt werden, durch welche die Ärzte in die Lage versetzt werden, den Kassenverwaltungen gegenüber die Geheimhaltung über die Art der Krankheit aufzugeben, die Kassenverwaltungen sollten ihrerseits auf die Geheimhaltung der ihnen zugegangenen Mitteilungen strengstens Bedacht nehmen. Die Kassen sollten möglichst viel Vorträge zur Aufklärung über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten halten lassen. Die Ärzte würden zur Geltung dieser Vorträge gern bereit sein; die Vorträge seien jedoch getrennt für Frauen und Männer zu halten. Der Referent empfiehlt als das rationellste Mittel zur Eindämmung von Geschlechtskrankheiten die Krankenhauseinweisung, weiter müsse aber vor allem auch dem Wohnungswesen, der besseren Ausgestaltung der Krankentafel großer Wert beigelegt werden. Um den Kassen eine möglichst weitgehende Durchführung der Krankenhauseinweisung zu ermöglichen, müßten den Krankentafeln möglichst günstige Verpflegung gestellt werden. Die Kassen müßten für gute Spezialärzte sorgen. Dem Kurpfuschertum, das sich besonders auf diesem Gebiet breit mache, sei scharf entgegenzutreten. Die Anstellung weiblicher Kontrolleure sei anzustreben. Überall sei auf die weitgehende Zusammenfassung der Kräfte der Krankentafeln hinzuwirken und eventuell staatliche Subvention zu fordern. Schließlich sei eine regelmäßige, jährlich ein- oder zweimal stattfindende obligatorische Untersuchung aller Kassenmitglieder zu erwägen. Die Kassen müßten ermächtigt werden, alle zur Prophylaxe notwendigen Ausgaben zu machen.

Der Vortrag soll auf Beschluß des Krankentafelstages in Druck gegeben werden.

In der Debatte wurde besonders von Graf-Frankfurt darauf hingewiesen, wie wenig Verständnis die Krankentafeln mit ihren Bestrebungen bei Regierung und Behörden finden. Er wies ganz besonders auf die Notwendigkeit eines größeren Schutzes der Dienstboten hin. Viele Kurpfuschere seien auch unter den Ärzten zu finden, die brieflich ihre Praxis betreiben.

Sienert-Berlin wies auf die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit hin.

Fischer-Weimar bezeichnete die vielfachen Anregungen des Professor Reijser als Zukunftsmusik.

Müller-Bremherhagen betonte die Schwierigkeit, eine gute Statistik zu treiben.

Sohn-Berlin erklärte, daß die Behörden sehr oft ein Gemisch für die Fortentwicklung der Krankenfürsorge seien. Das Institut der Krankentafelkontrolleure müsse in den Dienst der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gestellt werden. Jetzt würden sie vielfach nur als Spieß verwendet.

Dr. Lenzhoff nahm die Ärzte in Schutz gegen die von einigen Rednern vorgebrachten Angriffe. Er ist für Tagesklinikatorien für Geschlechtskranke im Gegensatz zu Geheimrat Dr. Reijser, der nicht viel davon hält. Auf dem Lande sei die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten minder stark wie in der Stadt. Wenn eine obligatorische Untersuchung aller Krankentafelmitglieder eingeführt würde, dann würde sich zeigen, wie groß die Zahl der ärztlichen Behandlung bedürftigen sei, und daß die ganze Krankentafelversicherung eine „schöne Leistung“ sei.

Gemeinrat Reijser betonte im Schlußwort, daß der Vortrag wohl anregend auf die intensivere Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gewirkt habe. (Beifall.)

Als nächster Punkt folgte der Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Honigmann über das Thema: „Die Aufgaben der Krankentafeln in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“ Redner wies zunächst einen historischen Rückblick auf die Entwicklung des Krankentafelwesens. Am 1. Dezember 1903 werden zwei Jahrzehnte verfloßen sein, seit das Krankentafelversicherungsgesetz in Kraft getreten ist. Um zu erkennen, wie die Entwicklung der Krankentafeln in diesem Zeitraum sich vollzog, empfiehlt es sich, den Zustand vor und bei Beginn dieser Periode ins Auge zu fassen. Schon lange vor 1883 gab es Krankentafeln, es gab freie und Zwangskassen, Gesellenkassen und Fabrikkassen, Zunft- und Knappschaftskassen. Der Haupttypus der Zwangskasse, der für die Christkassen vorbildlich geworden ist, waren die Gesellenkassen. Sie bestanden in der Regel nur für die Gesellen eines bestimmten Handwerks. Ihre Verwaltung führte der Allgelle unter Mitwirkung des Weichmeisters. Der Wochenbeitrag belief sich in der Regel auf einen Silbergulden, davon 9 Pf. auf den Gesellen und 3 Pf. auf den Meister kamen. Die Hauptform der Krankenfürsorge bildete die Hospitalpflege. Das Stützgehalt betrug meistens 20 Taler. Solcher Kassen gab es in Breslau Ende der fünfziger Jahre 44 mit zusammen 7000 bis 8000 Mitgliedern. Es gibt noch heute eine Menge Christkassen, die sich leider kaum wesentlich von jenen Gesellenkassen unterscheiden. Stellen wir uns aber einmal dieser heideneiden Größen das Bild gegenüber, wie es heute die fortgeschrittenen Krankentafeln bieten, so zum Beispiel die Christkassen für Leipzig, die in vielen Beziehungen an der Spitze marschieren, welche ganz andere Art zur Bewältigung der Kassenangelegenheiten, welche ganz anderer Geist der Verwaltung, welche machtvolle wirtschaftliche und soziale Stellung. Der Fortschritt ist ein ganz außerordentlicher. Wie ist das gekommen? Was die Ausdehnung der Christkassen betrifft, so war es bei Durchführung des berufsständischen Prinzipiums unvermeidlich, daß in großen Städten mit starker industrieller Bevölkerung auch viele und viele für ein einzelnes Gewerbe errichtete Kassen mit der Zeit eine beträchtliche Mitgliederzahl erreichten. Auf diese Weise bildeten sich Christkassen mit zahlreichem Gefüge, die gleichsam als Promotoren des Fortschritts den Bringen vorantreiben, mansgesetzt bewahrt, ihre Tätigkeit zu erweitern und zu vertiefen. Damit ist der Schlüssel für die Aufgaben der Zukunft gegeben, dem wir uns aber auch bewußt sein bestehen, als auf diesem Wege der Verwirklichung weiterzukommen? Der Redner zieht einen Vergleich zwischen der Krankenfürsorge der Vergangenheit und der Gegenwart und bespricht sodann die Möglichkeit, die Aufgaben der Krankentafeln noch intensiver zu gestalten. Hierfür stützen sich den Kassen zwei Wege. Es können den Kreis ihrer Mitglieder erweitern, teils aus eigener Kraft, indem sie, wie § 2a Ziffer 4 des Gesetzes ihnen gestattet, das Beitrittsrecht auch anderen Personen, wie kleinen Handwerkern, Bewertern oder Dienstboten einräumen, teils mit Hilfe der Gemeinden oder weiteren Kommunalverbände; indem sie bei dieser die Einführung des Berufsstandes auf unständigen Arbeiter handwerkliche, in Kommunalbetrieben, in der Land- und Gewerkschaft beschäftigte Personen bestragen und erwidern.

Können sie aber auch die Familienversicherung für die Angehörigen ihrer Mitglieder erwirken. Das klassische Beispiel für die neue Richtung der Krankentafel sind die Wohnungskassen, mit denen die Christkassen der Kaufleute in Berlin bahnbrechend vorgegangen sind und nunmehr bereits andere Kassen, Magdeburg, Straßburg, Kiel, Gera, Sonneberg, Höchst und Leipzig sich befaßen. Die Krankentafelkontrollen, welche die erwerbsfähigen Kassen besuchen, haben die Wohnungsverhältnisse zu prüfen, ein Formular auszufüllen und dem Nendanten abzuliefern. Der Wert dieser Erhebungen kann nicht hoch genug eingeschlagen werden. Ähnliche Erfolge winken den Kassen auf dem Gebiet der Gewerbehygiene. Wie sehr die Gesundheit der Mitglieder von den Verhältnissen, unter denen sie arbeiten, und von den Besonderheiten ihres Berufes beeinflusst wird, sei allgemein bekannt. Überlange Arbeitszeit, ungesunde Arbeitsräume, Staub, Hitze, Kälte, Feuchtigkeit, Mangel an Luft und Licht schwächen die Konstitution des Arbeiters in hohem Maße. Bei der Arbeit sieht er sich jeden Augenblick umringen von Gefahr. Für die genauere wissenschaftliche Erforschung dieser Einflüsse bieten gerade die Krankentafeln ein ausgezeichnetes Material, dessen Verarbeitung den Rassenärzten eine denkbare Aufgabe stellt. Die Ergebnisse dieser Forschungen lassen sich zum Vorteil der Mitglieder nutzbar machen, indem auf Beteiligung der Unbekannte gedrungen werden könne. Damit ist der Kreis der Aufgaben aber noch nicht geschlossen, die sich den Krankentafeln eröffnen, wenn sie von der Unterdrückung zur Verhütung der Krankheiten übergehen und die Hebung der Volksgesundheit auf ihre Fahne schreiben. Alle diese Wohlfahrtsbestrebungen können ihre Wirkungen nicht voll entfalten, wenn nicht ein sich gleichzeitig vollzieht, der wirtschaftliche und soziale Aufstieg der arbeitenden Bevölkerung. Die soziale Frage gehört zum Arbeitspensum der Krankentafeln. Welchen Einfluß die Arbeitsbedingungen haben, wie sehr sie der Verbesserung bedürftig, das zeigen die Krankentafeln. Die Gesundheit des Arbeiters hängt von seiner Lebenshaltung ab. Soll er sich besser nähren, besser kleiden, besser wohnen, so muß sein Einkommen erhöht werden. Höherer Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, das sind ja aber die Ziele der Arbeiterbewegung, das ist der Preis, um den bei jedem Streit und jeder Auspersung gerungen wird. So können denn die Krankentafeln auch dem Lohnkampf nicht gleichgültig, teilnahmslos zusehen? Und alle Fragen, die für den Ausbruch des Kampfes von Belang sind, vornehmlich die Frage der Organisationen, aber auch die Probleme seiner friedlichen Lösung, der Schiedsgerichte, Einigungsämter, der Tarifgemeinschaften sind auch für die Krankentafeln von Bedeutung.

Selbst die Politik, das politische Leben, das Parteisein, der Klassenkampf, selbst das kann für die Kassen nicht gleichgültig sein. Bleibt denn den Arbeitern etwas anderes übrig, wenn sie das, was sie für gut und notwendig erkannt, auch durchsetzen wollen? (Beifall.) Sie müssen sich bemühen, ihre Vertreter ins Parlament zu bringen. Es gibt eben keine Grenze zwischen Politik und Sozialpolitik. Vieles läßt sich dadurch erreichen; daß persönliche Beziehungen zwischen der Kassenverwaltung und denjenigen Stellen angeknüpft werden, die verwandte Aufgaben verfolgen: die Gewerbeinspektoren, Stadt-, Armen- und Schulräte, die Gesellschafter zur Bekämpfung der Tuberkulose, des Alkoholismus. Als Bundesgenossen der Krankentafeln zählt Redner die Behörden und insbesondere die Aufsichtsbehörden, ferner die Männer der Wissenschaft, Juristen, Sozialpolitiker, Statistiker u. auf, sie alle liefern den Krankentafeln zu ihrem Kampfe Waffen, Werkzeuge zu ihrer Arbeit.

Redner schloß seinen Vortrag mit folgendem Satz: „Was früher von wenigen größeren Kassen, die bahndrehend vorgegangen, vereinzelt geleistet worden ist, muß künftig allgemein als Aufgabe der Krankentafeln innerhalb der natürlichen und gesetzlichen Schranken in Angriff genommen werden, nämlich:

1. die intensivste Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen;
2. die Förderung aller Bestrebungen auf dem Gebiet der Volksgesundheitspflege, namentlich derjenigen, die auf Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Klassen gerichtet sind. Dieses Ziel ist am ehesten von großen, leistungsfähigen Ortskrankentafeln, durch energische Teilnahme der männlichen und weiblichen Mitglieder an der Kassenleitung, mit einer gut gestellten Beamtenschaft und mit Unterstützung der Ärzte, der Behörden, der Wissenschaft und der Presse zu erreichen.“

Dr. Honigmann erntete stürmischen, anhaltenden Beifall von der Versammlung.

Als Mitreferent sprach Prinz-Rottbus über dasselbe Thema vom Standpunkt des Praktikers. Er forderte eine Differenzierung der Beitragsklassen auf Grund des individuellen Arbeitsverdienstes, die Erhöhung der Beitragsätze, die Erweiterung der Krankenunterstützung und deren Erhöhung, vorbeugende Tätigkeit der Krankentafeln unter Anbreitung der Kostenumverteilung auf Berufsvereinigungen und Landesversicherungsanstalten, Sicherung eines sozialpolitisch geschulten Beamtensandes und ausreichende Versorgung desselben durch angemessene Dienstverträge, Belegung und Vertiefung der Selbstverwaltungseinrichtungen, Heranbildung der Kassenorgane zur verständnisvollen Mitarbeit. (Beifall.)

Als Ort des nächsten Verbandstages wurde München gewählt.

Über die christlichen Gewerkschaften.

Der Theaterdonner des Kölner Katholikentags ist verpufft und die Herren Akteure kehren in ihr Alltagsleben zurück. Da werden sie denn auch sofort gewahr, daß die Welt, wie sie ist, ganz anders aussieht, als wie sie sich in den begehrtesten Freitagsreden ausmalen ließ. Namentlich gibt die dürftige Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung der kirchlichen Presse Anlaß zu den elegischsten Klagen. Die Kölner Volkszeitung, ein Blatt, das stets für die christlichen Gewerkschaften eingetreten ist und zu ihren Gunsten manche Lauge mit den Gegnern im eigenen kirchlichen Lager brach, kann nicht umhin, dieses krankhafte Vegetieren ihres Lieblings mit den drallen roten Säcken der freien Gewerkschaften zu vergleichen, und wehmützig muß sie zugeben, daß die Zukunft den kraftvollen freien Gewerkschaften gehört. „Alles in allem genommen“, schreibt sie, haben die freien Gewerkschaften auch im Jahre 1902 einen gewaltigen Schritt vorwärts gemacht. Es ist das ein Beweis, daß der Gewerkschaftsgedanke unter der Arbeiterwelt Deutschlands nicht nur festen Fuß gefaßt hat, sondern auch trotz der schwierigsten Verhältnisse stetig fortschreitet. Man könnte darüber eine ungetriebene Freude haben, wenn nicht die freien Gewerkschaften mit geringen Ausnahmen noch immer die gewerkschaftlichen Ziele mit ihren sozialdemokratischen Bestrebungen verquitten. (?) Umso mehr ist der geringe Fortschritt der christlichen Gewerkschaften zu beauern, die sich beinahe ausschließlich von Parteibeiständen fernhalten. (?) Die Gewerkschaftsverein mit der Genossenschaftsbewegung hat das große Ziel, eine Neuorganisation der Arbeiterschaft anzubahnen und durchzuführen. Es ist aber von höchster Bedeutung, daß dies auf christlicher Grundlage geschieht. Zeigt indes die christliche Arbeiterschaft weiterhin die bisher zur Schau getragene Gleichgültigkeit, so wird die christliche Gewerkschaftsbewegung von der großen Welle der freien Gewerkschaften beiseite gedrängt werden. Das wäre wahr nicht der mangelnden Kraft des christlichen Gedankens zuzuschreiben, sondern der bedauerlichen Gleichgültigkeit der Mehrzahl der christlichen, insbesondere der katholischen Arbeiter. Diejenigen christlichen Arbeiter, die sich bisher in den christlichen Gewerkschaften gesammelt, haben bewiesen, daß sie wohl imlande sind, die gewerkschaftliche Organisation kräftig durchzuführen. Leider hat aber ihr Beispiel bisher noch zu wenig Anziehungskraft auf die Masse der christlichen Arbeiter ausgeübt. Es ist zwar auch in Betracht zu ziehen, daß die christlichen Gewerkschaften einerseits vielfach unter einem starken Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu leiden haben (?), andererseits aber auch noch immer zahlreichen Schwierigkeiten von seiten der Behörden und Unternehmer begegnen, denen das Verständnis für die kulturelle und soziale Bedeutung einer christlichen Gewerkschaftsbewegung in einem kaum verständlichen Maße abgeht.“

Die Kölner Volkszeitung muß schon die freien Gewerkschaften schärfen verdächtigen und verurteilen, wenn sie die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften begründen und ihre Stagnation erklären wollen. Die klare wirtschaftliche Logik kann aber die Notwendigkeit religiöser Gewerkschaften ebensowenig anerkennen, als etwa das Bedürfnis nach religiösen Unternehmerverbänden und Innungen. Alle ihre Amentationen von Sozialdemokratischen Bestrebungen und Terrorismus der freien Gewerkschaften können den springenden Punkt nicht verunkeln, daß die christlichen Gewerkschaften lediglich gegründet sind, um einen Keil in die Masse der Arbeiter zu treiben. Um die Sozialdemokratie aufzuhalten, zerpflegt man die wirtschaftliche Aktion der Arbeiterklasse. Dieser Werdegang der christlichen Gewerkschaften steht nicht bloß historisch fest, sondern er wird auch durch neue Rundgebungen bestätigt. Schon im Jahre 1894 erklärte der nachmalige Kölner Weihbischof Dr. Schmitz in der Gründungsversammlung des christlichen Bergarbeiterverbandes: „Der Gewerksverein soll eine Organisation gegen die Sozialdemokratie sein, nicht gegen die Unternehmer.“

Das ist er denn auch, mit einer kurzen Verirrung (H. S. Berger Streif) von dem ihm von bischöflicher Seite vorgezeichneten Wege, bis zum heutigen Tage geblieben. Einige der neueren christlichen Gewerkschaften haben sich freilich an dieses Programm nicht halten können; dafür sorgte schon die scharfe Befehdung durch die Unternehmer. Aber was sie auch in ehrenvollen Kämpfen geleistet, das wird mehr als aufgewogen durch den Nachteil, den sie der Gewerkschaftsbewegung durch Zerpfaltung derselben zufügten.

Die Kölner Volkszeitung reproduziert dann die christliche Gewerkschaftsstatistik, die bekanntlich unter Zuhilfenahme von eigenartigen statistischen Methoden, eine Zunahme der christlichen Gewerkschaften behauptet. Natürlich hat sie gegen diese Statistik nichts einzuwenden. Umso merkwürdiger ist, daß sie trotz dieser angeblichen Zunahme sich in beweglichen Klagen ergeht. Da muß es also doch am rechten Glauben an die Wahrheit der christlichen Statistik fehlen.

In der gleichen Nummer der Kölner Volkszeitung findet sich ein Bericht über den 13. Verbandstag der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, auf dem ganz unerklärlich der Zweck der christlichen Gewerkschaften, die katholischen Arbeiter vor der sozialdemokratischen Gefahr zu bewahren, zugegeben wird. Ein Arbeiter Tropannu aus Nürnberg referierte dort über das Verhältnis der Arbeitervereine zu den Gewerkschaften und ein Kaplan Rehbach unterstützte seine Ausführungen dahingehend, daß die christlichen Gewerkschaften niemals die katholischen Arbeitervereine beiseite drängen dürften. Der Abgeordnete Pichler erklärte sich nur mit Vorbehalten für die christliche Gewerkschaftsbewegung. Er erklärte:

„Ich habe den Eindruck gewonnen, daß da eine ganze Reihe von Mißverständnissen vorliegt, die beseitigt werden können. Die Aufgabe der katholischen Arbeitervereine ist eine ganz andere als die der Gewerkschaften. In bezug auf letztere haben die katholischen Arbeitervereine die wichtige Aufgabe, die Gewerkschaftsführer herauszubilden. Man sagt, es seien schon katholische Gewerkschaftsführer auf Abwege geraten. Richtig. Aber das haben wir auch bei manchen Geistlichen gesehen. Der menschlichen Unvollkommenheit kommen wir niemals aus dem Wege. Die Hauptsache ist, daß der Geist der katholischen Arbeitervereine in den Gewerkschaften herrscht — erreichen wir dies, dann haben wir unsere Schuldigkeit getan.“

Die „christliche“ Organisation soll also eine zugräftige Firma der katholischen Leitung sein. So werden die christlichen Gewerkschaften auch im allgemeinen eingeschätzt und ihre Führer haben gar nicht so unrecht, wenn sie es nicht verstehen, daß es Leute gibt, die diese durch besondere katholische Gewerkschaften ersetzen wollen, da letztere doch vorzugsweise der katholischen Propaganda dienen. „Wir können nicht überall katholische Arbeitervereine schaffen“, führte Dechner-München aus, — „wohl aber Gewerkschaften“, wo wir die Arbeiter sozialpolitisch schulen. Dann ergibt sich von selbst, daß die Arbeiter nicht Feinde der christlichen Weltanschauung ihre Stimme geben. . . . Die Hauptsache bleibe, daß die katholischen Arbeiter bewahrt bleiben vor der sozialdemokratischen Gefahr und der darin liegenden religiösen Verflachung und der drohenden Glaubenslosigkeit.“

Nicht so erfreut aber von dem Gedanken der gewerkschaftlichen Erziehung frommer katholischer Arbeiter war der Benefiziat Popp-Kronach, welcher vor der Infiltrierung der Landarbeiter mit gewerkschaftlichem Geist eindringlich warnte: „Auf dem Lande muß mit den christlichen Gewerkschaften sehr vorsichtig vorgegangen werden. Wir haben sehr feste Arbeiter. Wenn hier christliche Arbeiter kommen und immer von Streiks u. s. w. sprechen, wird dadurch ebenso die Unzufriedenheit genährt wie durch die Sozialdemokraten.“

Die Masse der Arbeiter hat den wahren Charakter der christlichen Gewerkschaften richtig bewertet, indem sie diesen Organisationen aus dem Wege ging. Das beweist der Rückgang derselben im Gegensatz zu dem erfreulichen Aufschwung der freien Gewerkschaften. Die letzteren sind der eigentliche Kern der Gewerkschaftsbewegung; sie sind die Hauptmacht der Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem Gebiet, die allein imstande ist, dem Unternehmertum Respekt einzufloßen und es zur Anerkennung von Arbeiterforderungen zu drängen. Die übrigen, teils geschlossenen, teils regellosen Organisationshäuser existieren für die Unternehmer nur mehr als Faktoren, die den Kampf fördern und leicht dazu gebracht werden können, den Arbeiterregimenten in die Hände zu fallen. Ein verletzter Selbstherrnstolz solch eines kleinen „Arbeiterführers in Duodenz“ genügt, um ihn und seine Getreuen zum Streik zu veranlassen, und einem Extraversprechen, begleitet von obligaten Gänbedrücken, vermag das Diplomatenauge dieser „Organisationsleiter“ selten zu widerstehen. Gerade die jüngsten Kämpfe sind reich an Erfahrung dieser Art.

Dieses Verhalten, insbesondere der christlichen Gewerkschaftsleiter, mußte aber auch dem Versöhnlichsten die letzte Hoffnung rauben, daß es noch zu einem Ausgleich zwischen diesen Sonderorganisationen und den deutschen Gewerkschaften kommen könne. Der einzig mögliche Ausgleich vollzieht sich längst in der Mitgliederflucht der christlichen Gewerkschaften. Schon ihre Statistik kann diese Tatsache nicht mehr verhüllen. Daneben kommen aber aus allen Landesteilen, in denen diese Organisationen Mitglieder zählten, Mitteilungen, daß auch die jetzt gezählten Ziffern nur auf dem Papier stehen und daß es mit der eigentlichen Mitgliedschaft geradezu mindig aussieht. Das lassen auch die runden Zahlen der Statistik vermuten, die immer verdächtiger sind. Wahrscheinlich weiß die Kölnische Volkszeitung weit besser, wie es mit ihren Lieblingsorganisationen bestellt ist, nur so läßt sich ihr Klagen erklären.

Unser Mitglieder und Mitarbeiter aber entnehmen daraus die Bestätigung, das ihr zielbewußtes Eintreten für die unversäufte Klassenbewegung Gewerkschaftsbewegung von Erfolg begleitet ist, daß an dem von ihnen errichteten Damm die trübe Flut der Gegner sich gebrochen hat und daß es nun gilt, in der gleichen Richtung unermüdet weiter zu arbeiten, um den Gedanken der empfindlichen Kampfesgeübten Gewerkschaftsorganisation zum Siege zu führen. (Correspondenzblatt.)

Hus den einzelnen Branchen.

Einiges über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hamburger Werft-(Metall-)Arbeiter.

Nach dem Jahre 1890 hörte die bis dahin existierende Organisation der Werftarbeiter auf, und die Werftbesitzer konnten in ihren Betrieben schalten und walten, wie es ihnen beliebte, ohne beschränkt zu müssen, daß ihnen von den Arbeitern irgendwelche Schwierigkeiten gemacht würden. Dies war auch hauptsächlich die Veranlassung, im Jahre 1900 die brutale Aussperrung Laufender von Werftarbeitern wegen der berechtigten Forderung der Reihverlängerer hinter vorzunehmen. Sie hatten sich jedoch verrechnet. Seit dem Jahre 1896 hatte der Deutsche Metallarbeiter-Verband den Anschluß der Werftarbeiter an die Organisation herbeizuführen versucht und es war gelungen, die Masse so zu organisieren, daß mit ihnen ein Abwehrkampf gegen die Brutalität der Werftbesitzer geführt werden konnte, der die Arbeiter auch ganz Deutschlands in Verwunderung setzte. Wenn nun auch nach dreizehnwöchigen Kämpfen keine materiellen

Erfolge errungen wurden, so wurde doch erreicht, daß die Organisation der Arbeiter anerkannt wurde und die Werftbesitzer sich herbeizulassen mußten, mit derselben zu unterhandeln, um nur eine Beilegung des von ihnen heraufbeschworenen Kampfes herbeizuführen. Nachdem sich durch diesen Erfolg der Gedanke der Notwendigkeit der Organisation bei einem großen Teile der Kollegen immer mehr befestigte, gelang es uns bis jetzt, den größten Teil der Werftarbeiter zu organisieren. Und wenn die Werftbesitzer in der Weise wie bisher fortzubehalten, werden auch den indifferenteften Arbeitern die Augen geöffnet und sie werden sich uns anschließen. Wir haben nun in letzter Zeit eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufgenommen, die grauenhafte Mißstände ergab, und fühlen uns veranlaßt, diese in gedrängter Übersicht der Öffentlichkeit zu übergeben. Manche Illusion über Musterbetriebe, großartige Löhne u. s. w. wird wohl zerflört werden.

1. Arbeitszeit.

Die „regelmäßige“ Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Von einer regelmäßigen Arbeitszeit kann jedoch nicht die Rede sein; es kommt oft vor, daß jemand morgens um 6 Uhr zur Arbeit kommt und nach 36- oft 42stündiger Arbeit erst wieder nach Hause gehen darf. Sämtliche Werften sind auf Reparaturen eingerichtet; trifft solche ein, dann heißt es: Hierbleiben! Dann geht es den Tag und die Nacht, den Tag und dann noch am Abend bis 9, 10, ja 12 Uhr in einer Tour. Das ist auf den Alltendocks von Stülken, Brandenburg u. s. w. an der Tagesordnung. Wers nicht will, der kann gehen; es sind ja Ersatzkräfte genügend vorhanden, und um die Familie nicht in Not zu bringen, wird es gemacht. Ist es da nicht erklärlich, daß in puncto Unfälle die Werftbetriebe die größte Zahl zu verzeichnen haben? Ist ein durch 24stündige, ja noch längere Arbeit abgeracketer Körper imstande, sich vor solchen zu schützen? Diesen Punkt sollten die Herren hinter den grünen Tischen einmal ein wenig im Auge behalten, und sie würden finden, daß durch Änderung dieses Systems sich wohl eine Verminderung der Unfälle herbeiführen ließe. Seit Reihverlänger-Schiffwerft, Lohm & Böh, den Direktoren der Werft unterbreitet worden, bei größeren Reparaturen Tag- und Nachtschichten einzuführen; in den übrigen Fällen aber den Arbeitern zu erlauben, nach 24stündiger Arbeitszeit nach Hause gehen zu dürfen. Das wurde zugesagt, aber man hatte hier die Rechnung ohne die Meister gemacht. Ohne Ausnahme werden den Arbeitern, die hier von Gebrauch machen wollen, Schwierigkeiten gemacht; auf Anfrage wird ihnen erlaubt, zu gehen, aber — „Sie müssen ja Bescheid“ heißt es dann, und bei passender Gelegenheit fliegt der Betreffende auf die Straße. Ist es da nicht begreiflich, wenn der Arbeiter sich schreit, davon Gebrauch zu machen? Wer ist denn eigentlich Herr in der Werft? Es wird doch immer und gerade von den Werftbesitzern diese Herrschaft in den Vordergrund geschoben.

Im Jahre 1900 war schon die wohl begründete Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit und Einschränkung der übermäßigen Nacht- und Überarbeit gestellt worden; aber die sozialpolitisch rückständigen Werftbesitzer lehnten diese Forderung rundweg ab. Sie wunderten sich fortwährend über die eminent schnelle Entwicklung des amerikanischen Schiffbaus, können und wollen aber nicht begreifen, daß die dortigen Werftarbeiter durch weniger Arbeitszeit, bessere Bezahlung u. s. w. imstande sind, sich mehr Intelligenz zu verschaffen und diese zum Vorteil ihres Arbeitgebers anzuwenden.

2. Lohn- und Akkordverhältnisse.

Die Löhne der hiesigen Werftarbeiter sind die miserabelsten, die in Hamburg gezahlt werden. Für die Arbeiter im Schiffbau, eine der gefährlichsten Arbeiten überhaupt, sind Wochenlöhne von Mk. 15, 16 und 18 keine Seltenheit; ja im Winter, bei der verkürzten Arbeitszeit, müssen Familienväter mit 13 und 14 Mk. nach Hause gehen. Das hiernit jemand imstande ist, seine Familie zu ernähren, kann doch wohl niemand behaupten. Die Werftellenarbeiter sind etwas besser gestellt, erreichen aber keineswegs die in der Stadt für Handwerker gezahlten Löhne. Würde dort ein Kleinmeister einen Gesellen für solche komplizierte Arbeit, wie auf den Werften geleistet wird, den dort üblichen Lohn anbieten, man würde ihn auslachen. Eine spezialisierte Aufstellung würde zu weit führen; wir geben hier nur die niedrigsten und höchsten Stundenlöhne wieder. Es ist selbstverständlich, daß die höchsten Löhne nur in wenigen Fällen, mitunter nur an zwei bis drei Mann, gezahlt werden. Es erhalten: Plaz- und Dockarbeiter 26 bis 30 Pf. pro Stunde, Helfer im Schiffbau 32 bis 38, Schiffbauer 36 bis 46, Meter 33 bis 41, Helfer 33 bis 37, Hierenwärmer 15 bis 24, Bohrer 31 bis 40, Kreuzer und Stemmer 32 bis 40, Schlosser 35 bis 42, Schmiede 34 bis 42, Reifschmiede 35 bis 48, Maschinenbauer 35 bis 50.

Das sind die horrenden Löhne, die den Werftarbeitern gezahlt werden. Jeder vernünftige Mensch wird einsehen müssen, daß hiernit niemand imstande ist, seinen Körper lebensfähig zu erhalten. Es wird ja allerdings in Akkord gearbeitet, um dem einzelnen Gelegenheit zu geben, sein Einkommen etwas zu erhöhen; die Akkordpreise sind aber auch zum größten Teil danach. Diese sind so niedrig, daß bei der größten Anstrengung und bei fortwährendem Treiben der Meister knapp so viel übrig bleibt, daß man neben dem Lebensunterhalt das Jahrgeld davon bezahlen kann. Bei einzelnen Akkordarbeiten wird etwas mehr verdient, das soll nicht bestritten werden, aber gewöhnlich erhalten die Leute die Akkorde, die gut mit dem Meister befreundet ist, die gelegentlich mit unziehen helfen zc. Das ganze Akkordsystem ist Willkür. Ein Preisbestimmungsrecht beim Festsetzen der Preise gibt es nicht; die Preise macht der Meister allein. Bei Lohm & Böh z. B., auf dem Schiffbau, erhalten die Arbeiter den Zettel mit dem Preise in der Regel gewöhnlich erst dann, wenn die Arbeit halb, teilweise sogar ganz fertig ist. Grundig man sich vorher nach dem Preise, erhält man oft eine solche Antwort, daß man an der Zurechnungsfähigkeit des Meisters zweifeln möchte. Einige Fälle seien hier angeführt. Ein Arbeiter erkundigt sich nach dem Preis für die Arbeit, als Antwort erhält er: „Wenn Sie fertig sind, erhalten Sie ein großes Stück Käse!“ Ein anderer meint, sein Akkordpreis sei wohl etwas zu niedrig, worauf er erfährt, daß er ein unzufriedener Mensch sei; die Firma verdiene nur 9 Prozent, und er wolle wohl 30 bis 50 Prozent verdienen. Ein anderer erkundigt sich nach dem Preis, worauf ihm gesagt wird, er solle nur zuarbeiten, er würde etwas verdienen. Nach Fertigstellung der Arbeit erhält er 1 1/2 Pf. pro Stunde Akkordüberschuß. Dies sind keine Einzelfälle, sondern passieren jeden Tag. Ein Fall, der so recht die Bevorzugung kennzeichnet, sei hier noch angeführt. Vier Bohrer arbeiten je zwei und zwei Mann an einer und derselben Arbeit. Nach Fertigstellung erhalten zwei Mann pro Tag 90 Pf., während die anderen beiden nur 40 Pf. pro Tag Akkordüberschuß erhielten. Wären die beiden, die 40 Pf. pro Tag erhalten hatten, nun still gewesen, wäre der Fall nicht bekannt geworden; sie konnten aber nicht begreifen, warum die beiden, die bei dem betreffenden Meister logieren, 50 Pf. mehr für dieselbe geleistete Arbeit erhielten. Die kleinen Schikanierungen, um den Arbeitern ein Verdienen bei Akkorden zu verleiern, sind so zahlreich, daß sie hier nicht alle angeführt werden können. Weiter wird noch gesagt, daß fertiggestellte Akkorde oft erst nach 14 Tagen bis 3 Wochen zur Auszahlung gelangen. Im großen und ganzen zeigt das Angeführte, daß die Akkordarbeit auf den Durchschnittslohn nicht einwirken kann, und man kann ruhig behaupten, daß er 20 Pf. pro Woche nicht übersteigt; ein Lohn, der zeigt, wie es den Werften, wie Reihverlänger-Schiffwerft 13 Prozent, Lohm & Böh 9 Prozent (nach Abschreibung einiger Millionen für Neubauten, Gratifikationen an die Meister und 1000 Mk. für den Wahlrechtsraub) möglich ist, diese Prozente zu verteilen.

3. Sonstiges.

Wie nach vorstehendem nicht anders zu erwarten, wird auf allen Plätzen über eine rigorose Behandlung durch die Meister geklagt. Ein Kollege schreibt uns: „Der Bize W. hat von uns schon den Namen „Deckschiff“ erhalten; er behandelt uns wie Ketten, schreut auf uns, als wenn er uns aufstellen will, und dabei ist er so dum, daß man mitunter im Zweifel ist, ob er unser Hauptmerk gelernt hat. Ein anderer schreibt uns, daß die Anrede ihres Meisters gewöhnlich ist: „Sie Aufwiegler“, „Sie fauler Mensch“ zc.

und zum Schluß folgt gewöhnlich eine Bezeugung mit dem Namen über die Schulter nach der Ausgangstür, worin er sich im Laufe der Zeit schon eine gewisse Fertigkeit angeeignet hat. Uns kann das nur recht sein; es wird dazu beitragen, die Werftarbeiter noch fester zusammenzuschließen.

Betreffend Schutz für Leben und Gesundheit wird auf den meisten Plätzen sehr viel gefordert. Den Arbeitern wird in den wenigsten Fällen Gelegenheit gegeben, sich vor Unfällen zu schützen. Der Profit läßt es nicht zu. Was schadet es, wenn einer zum Teufel geht, Erbschaft ist genug vorhanden; die Hauptsache ist, daß genügend Prozente herausgewirtschaftet werden. Die von den organisierten Arbeitern eingesetzte Unfallkommission hat schon verschiedene Vorschläge zur Verhütung der Unfälle durch Sturz in den Raum, Herabfallen von Gegenständen, Explodieren der Naphthalampen gemacht; aber soweit es eben mit Unkosten verknüpft ist, wird es nicht eingeführt; es fürzt die Werftbesitzer ja niemand. Sie bezahlen ihren Beitrag zur Unfallversicherung und dann ist die Sache für sie erledigt.

Über den berichtigten Arbeitsnachweis am Kraientamp noch Worte zu verlieren, ist wohl überflüssig, da dieser sich durch seine bis jetzt entwickelte Tätigkeit den Namen „Maßregelungsbureau“ vollaus verdient hat. Sollten die Werftarbeiter einmal in die Lage kommen, für die Beseitigung dieses Schandflecks von Hamburg kämpfen zu müssen, so werden sie sicherlich die Sympathie der ganzen Bevölkerung, mit Ausnahme der Böhm und Genossen, für sich haben.

Uns die Feilenarbeiter Deutschlands.

Berufskollegen! In den letzten Jahren haben eine Anzahl Berufsgruppen unseres Verbandes durch Abschluß von Tarifverträgen ihre Lage verbessert. Die letzte Generalversammlung unseres Verbandes hat den Abschluß von Tarifverträgen für empfehlenswert erachtet. Gleichzeitig aber, als der Kollege Reichel die Abschließung von Tarifverträgen empfahl, winnete er den Antrag, die Werftarbeiter zur Abschließung von Tarifverträgen im Feilenarbeiterberuf einzuleiten, ab. Er erklärte, daß zurzeit die Maschine die Handarbeit in unserem Beruf verdränge, und daß die Maschinenarbeiter zurzeit noch nicht in dem Maße zur Organisation ständen, wie dies zur Abschließung von Tarifverträgen notwendig sei. Auch Kollege Schilde hat an anderer Stelle über die Fleinheit unserer Berufskollegen gellagt. Über diesen Vorwurf wollen wir heute kein Wort verlieren, nur zu den Ausführungen des Kollegen Reichel. Gewiß hat die Feilenhaumaschine einen Teil der Handarbeit verdrängt. Aber dieser Prozeß hat sich langsam vollzogen und wird sich auch für die Zukunft langsam vollziehen. Ein großer Teil der Meister, bei denen eine sehr große Anzahl Kollegen beschäftigt sind, können aus finanziellen Gründen ihren Betrieb nicht maschinellement umzuwandeln, die für ihren Betrieb eigene Feilenhaumaschine eingerichtet haben. Allein diese letzte Gruppe kann bei einer Beurteilung der allgemeinen Lage der Feilenhaumer weniger in Betracht gezogen werden, da sie unter anderen Verhältnissen arbeiten.

Kollegen! Ein Blick auf unsere wirtschaftliche Lage zeigt jedem denkenden Kollegen, daß es hohe Zeit ist, hier bessere Verhältnisse zu schaffen. Wir dürfen nicht kalten zu schauen, wie durch die ungelunden Zustände in unserem Beruf sich die Gesundheitsverhältnisse immer mehr verschlechtern. Immer häufiger erkranken unsere Berufskollegen an der Mleikost, immer größer wird die Zahl unserer Berufskollegen, die an der Erkrankung der Altmungsorgane leiden. Die Metallarbeiterkrankenkasse sucht schon seit Jahren die Feilenarbeiter von sich fern zu halten, weil die Kollegen in unserem Beruf ihr zu oft erkranken.

Gesloft traurig wie die Gesundheitsverhältnisse sind die Arbeits- und Lohnverhältnisse. Auch unsere Unternehmer haben während der Krise vielfach die Löhne gekürzt, die Akkorde reduziert und teilweise die Arbeitszeit verlängert. Diese Verschlechterungen haben anstehend gemerkt. Mit der Motivierung, daß der Meister A. billiger liefert, hat der Meister B. abgezogen. Dann lieferte A. wieder billiger und das Spiel wiederholte sich. Es wiederholte sich öfters, und jedesmal auf Kosten unserer Lebenshaltung.

Kollegen! Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Wir müssen versuchen, durch Abschluß einer Tarifgemeinschaft stabiler und bessere Verhältnisse herbeizuführen. Um dieses zu ermöglichen, ist es notwendig, daß wir zunächst eine Statistik über die Lohn-, Arbeits- und Gesundheitsverhältnisse unserer Berufskollegen in Deutschland aufnehmen. Eine Mitgliederversammlung der Thüringer Feilenhaumer hat eine Kommission eingesetzt, die die Sache in die Wege leiten soll. Die Kommission wendet sich mit diesem Aufruf an die Berufsleute und fordert sie auf, Stellung zu den Anregungen zu nehmen. Um einen Überblick über die Art und den Umfang einer solchen Enquete zu haben, sendet die Kommission an die einzelnen Verwaltungsstellen des Metallarbeiter-Verbandes kleine Fragebogen. Der Verband dieser kleinen Fragebogen erfolgt mit der Veröffentlichung dieses Aufrufs. Verwaltungsstellen und einzelne Mitglieder die Fragebogen nicht erhalten haben, aber solche benötigten, wollen sie an der Geschäftsführung der Allgemeinen Verwaltungsstelle Nürnberg, Zuhlfriedstraße 29/1, reklamieren.

Zurückgekehrt müssen die Fragebogen bis 1. November 1903 an unsere Geschäftsstelle werden. Erklärt sich die Mehrzahl der Kollegen für die Statistik, so wird der Hauptvorwand die Mittel zu einer solchen Enquete nicht verweigern. Auf Grund einer solchen Enquete kann dann ein Tarifentwurf ausgearbeitet werden. Sorgen die Kollegen an den einzelnen Orten dafür, daß die Organisation unter ihren Berufskollegen eine gute wird, so wird dieser Entwurf den Meistern nicht nur zur gültigen Annahme vorgelegt werden, sondern gegebenenfalls können die Unternehmer auch gezwungen werden, diesen Tarif anzuerkennen.

Also, an die Arbeit Kollegen! Mit kollegialem Gruß Die Kommission: J. A. G. Köppling.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bzüglich der vom Militär entlassenen Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß diese nur wieder in die Rechte eintreten können, die sie vor ihrem Eintritt in den Militärdienst besaßen haben. Mitglieder also, die zurzeit ihres Eintritts in den Militärdienst ihre statutarische Kassenzeit noch nicht beendet hatten, haben sie erst zu beenden, ehe sie Unterstützung aus Verbandsmitteln beanpruchen können.

Bei Feststellung der Mitgliedschaftsdauer darf die Militärdienstzeit nicht mitgerechnet werden.

Die in diesem Jahre zum Militär eintretenden Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn sie sich vor ihrem Eintritt in den Militärdienst ordnungsgemäß abmelden und ihre Beiträge bis zum Tage der Abmeldung bezahlen. Die Mitglieder, die ihr Mitgliedsbuch während ihrer Militärdienstzeit hier aufbewahrt haben wollen, müssen es an den unterzeichneten Vorstand einsenden.

Den Ortsverwaltungen und Mitgliedern der Verwaltungsstellen des 9. Agitationsbezirktes diene zur Kenntnis, daß sich der Sitz der Bezirksleitung vom 1. Oktober ab in Stuttgart befindet. Die Adresse lautet:

E. Frisch in Stuttgart, Rötterstraße 16b. Die Adresse des Bezirksleiters für den 10. Agitationsbezirk (Bayern) ist von jetzt ab: Karl Gagner in Nürnberg, Adam-Reinstraße 27, 2 (früher Mendelstraße).

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehenden angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkassie die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet...

Der Verwaltungsstelle in Eisenach die Erhebung einer monatlichen Extrafrauer von 10 Pf. pro Mitglied.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 3, des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bremen: der Schlosser Faver Theodor Cavier, geboren am 6. August 1879 zu Delmenhorst, Buch-Nr. 330180, wegen unkollegialen Verhaltens.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gotha: der Schlosser Johann Reiter, geboren am 4. Juli 1877 zu Niederjude, Buch-Nr. 401744, wegen Unterschlagung von Verbandsgebern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rönigsberg: der Formner Richard Waschlau, geboren am 20. Oktober 1883 zu Rönigsberg, Buch-Nr. 510907, wegen Unterschlagung von Verbandsgebern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Oberursel: der Schmied Emil Heller, geboren am 2. März 1879 zu Weilmünster, Buch-Nr. 428980, wegen Unterschlagung von Verbandsgebern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Oggersheim: der Schlossermeister Karl Körner, geboren am 17. Mai 1857, Buch-Nr. 271305, wegen Streikbruch.

Für die Verwaltungsstelle in Pforzheim soll ein besoldeter Geschäftsführer

angestellt werden. Das Anfangsgehalt beträgt 140 Mk. monatlich und wird diese Stelle hiermit zur allgemeinen Bemerkung ausgeschrieben.

Als Termin für die Einreichung eventueller Bewerbungen wird der 8. Oktober d. J. festgesetzt. Die Kollegen, die gewonnen sind, sich um diesen Posten zu bewerben, werden ersucht, ihre Bewerbungsschrift so zeitig abzugeben, daß sie bis spätestens den 3. Oktober mittags in unseren Händen ist.

Berichtigung.

In Nr. 37 ist bei den wegen Streikbruch ausgeschlossenen Metallschlägern ein Druckfehler unterlaufen. Es soll anstatt Georg Drenkler Georg Drenkler heißen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Räte-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:

- von Drechern nach Neustadt a. S.; von Feilenbauern, Feilenschleifern und Feilenschmiedern nach Berlin v. St.; nach Bielefeld (Zimmermann); von Feingoldschlägern nach Dresden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Obere Mentergasse 12; Adam Singer, Wärenschaustr. Jean Wiek, Fürtherstr.; Michael Pfeifer, Paradiesstr.); nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königsplatzstr.); von Formnern und Eisengießereiarbeitern nach Altenburg N.; nach Berlin; nach Dülken (Mechanikfabrik Janßen) D.; nach Friedland i. M. (Friedländer Eisenwerk) M.; nach Mühlhausen i. Th. (Schuchhardt) M.; nach Neustadt a. S.; nach Neu-Ruppin; von Särlern nach Berlin St.; von Klempnern und Zuffallateuren nach Barmen-Elberfeld St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin; nach Celle (Maschinenfabrik) St.; nach Neu-Strelitz (Sebr. Raab) M.; nach Kuhlba i. Thür. (Sebr. Thiel) St.; von Metallarbeitern nach Berlin St.; von Metallschlägern nach Groß-Schönau und Zittau; von Eisenenschlägern nach Schwanbach (Hambacher) D.; (Sturm) St.; von Schleifern nach Neumarkt i. Oberpf.; von Schlossern nach Neustadt a. S.; von Zinngebern nach Nürnberg.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Ausprägung; D.: Differenzen; N.: Abregelung; Th.: Mißstände; R.: Lohn- oder Abford.-Reduktion; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Korrespondenzen.

Formner.

Dresden. Die alte Gießerei des Norddeutschen Lloyd wurde vor zwei Jahren in eine Gießerei und Maschinenfabrik umgewandelt und unter dem Namen Norddeutsche Maschinen- und Armaturenfabrik in Betrieb gesetzt. Es werden darin augenblicklich 55 bis 60 Formner beschäftigt. Ein Kollege bekommt 3,20 Mk. Lohn, einer 1,50 Mk.; der Lohn der übrigen Kollegen schwankt zwischen diesen beiden Lohnhöhen.

Formern gleich, in welcher Zeit sie das Stück fertig haben müssen. Wenn ihm die Antwort juteil wird, daß es unmöglich sei, in dieser Zeit die Arbeit fertigzustellen, so sagt er stolz: Kommt erst einmal nach Halle, dort wird die Arbeit so und so billig gemacht. Meister Prinsler's Kunst scheint darin zu bestehen, die Preise so niedrig wie möglich zu halten. Unter seinem Regiment sind sämtliche Abfordernpreise um 25 bis 50 Prozent gedrückt worden.

Obernburg. In den letzten Jahren sind bei der Firma Meier & Co. fortwährend die Löhne gekürzt worden. Um das Ziel leichter zu erreichen, ging die Firma immer abwechselnd bei den einzelnen Formnern vor. Wenn hier Maschinenformner ansagen, wird ihnen die beste Arbeit gegeben, um sie einige Zeit zu halten.

Mechaniker.

Hamburg. Die Feinmechaniker, Elektromonteur und chirurgischen Instrumentenmacher hielten am 12. September in Gossions Gesellschaftshaus eine stark besuchte Versammlung ab, in der an Stelle des auscheidenden Kollegen Gütt Kollege D. Geweke als zweiter Vertrauensmann für die Elektromonteur gewählt wurde.

Kollege Spürt das Werkstattendelegiertensystem als beste Waffe empfiehlt. Beck weist noch auf die Diskussion im Fachorgan hin, danach seien die Löhne der chirurgischen Instrumentenmacher gestiegen.

Metallarbeiter.

Mitona-Ottensen. Die Mitgliederversammlung am 18. September beschäftigte sich mit der Frage: Anschluß an Hamburg. Die Diskussion ergab, daß, wenn doch einmal der Anschluß erfolgen sollte, dies so schnell wie möglich geschehen möge.

Dresden. In einer am 11. September in großen Saale des Volkshauses abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung referierte Kollege Segis über: Tarifverträge und Abfordarbeit. Das Resümee seines Vortrags war: Tarifverträge schließen Abfordarbeit nicht aus. Darüber sind sich alle organisierten Arbeiter klar, daß die Abfordarbeit das Arbeitsverhältnis ist, dem man am wenigsten Sympathie entgegenbringen kann.

Krefeld. An die Adresse des Herrn Trabert! Herr Trabert vom Tisch-Drecker-Gewerkschaften sprach am Sonntag den 20. September in einer öffentlichen Versammlung in Krefeld.

Mannheim. Eine „Abrechnung“ der Christlichen. Mit großem Tamtam hatten die christlichen Gewerkschaften auf Sonntag den 21. September eine „öffentliche“ Versammlung einberufen, um die beim Langjahr Streik von den Leitern der freien Gewerkschaften angeblidh gemachten Fehler einer Kritik zu unterziehen und diese „unfähigen“ Arbeiterführer ihrer wohlverdienten Beurteilung durch die Mannheimer Arbeitererschaft auszuliefern.

Mannheim. Eine „Abrechnung“ der Christlichen. Mit großem Tamtam hatten die christlichen Gewerkschaften auf Sonntag den 21. September eine „öffentliche“ Versammlung einberufen, um die beim Langjahr Streik von den Leitern der freien Gewerkschaften angeblidh gemachten Fehler einer Kritik zu unterziehen und diese „unfähigen“ Arbeiterführer ihrer wohlverdienten Beurteilung durch die Mannheimer Arbeitererschaft auszuliefern.

feien. (Saut dieser Liste erreichten von 121 Schmieden 46 noch keine 4 Mk. pro Tag, und das im Alford.) Der weitere Verlauf der Diskussion zeitigte sodann die Verbrüderung der Christlichen mit den Kirch-Wandern. Wir wünschen dem „edlen“ Brüderpaar auf seinem ferneren Lebenswege recht viel Glück!

Mülheim am Rhein. 10000 Mk. warf der Kommerzienrat Max Guillaume (in Firma Felten und Guillaume) zu einem Auszug seiner Beamten nach Königswinter aus. Wir führen dies nicht an aus dem Grunde, weil wir den Beamten ein solches Vergnügen nicht gönnen, sondern weil die Arbeiter von den Beamten und Treibern (Meistern) der Firma ausgebeutet und geistig zu Grunde gerichtet werden. Die 10000 Mk. werden nur der Anreiz sein, daß die Arbeiter jetzt in noch viel größerer Nähe ausgebeutet werden, um nächstes Jahr möglichst 20000 Mk. zu bekommen. Während man nun auf der einen Seite 10000 Mk. für die Auswurf, die ohnedies schon einen hohen Gehalt haben, werden den Arbeitern auf der anderen Seite Abzüge auf Abzüge gemacht. Was der ganzen Sache die Krone aufsetzt, ist, daß die Arbeiter der Drahtzüge nun auch noch Fett, Seife, Buchwolle, Durchschläge, Bohrer, Feilen u. s. w. bezahlen müssen. Ein Zustand, der mit allen Mitteln bekämpft werden muß. Die Drahtzieher im Kragedrahtzug haben ohnedies auch noch mit sehr schlechtem Material zu rechnen, daher die Ordre. Wer mehr wie 4 Prozent Schrott macht, muß das Kilo mit 30 Pf. bezahlen, die ihn vom verdienten Lohn abgezogen werden, ohne daß es auf dem Lohnzettel bemerkt wird. Der Draht muß genau nach der Nummer und blank sein; ist er rötlich beschlagen, so wird er mit 10 Prozent Abzug berechnet. Das Beschlagen des Drahts kommt von den Dämpfern der nahe gelegenen Bergwerke. Die Dämpfer sind oft so dicht, daß man kaum einen Meter weit sehen kann und sehen sich so fest auf den Draht, daß er sogar rostet und schwarz wird. Dies Verfahren geht so schnell, daß die Drahtzieher es beim Arbeiten beobachten können. Bei Einrichtung des Kragedrahtzuges arbeiteten die Zieher auf 5 Scheiben, nachher auf 7, dann auf 10, 12 und 15, jetzt sogar auf 17, 18 und 19. Bei Vermehrung der Scheiben sank auch der Alfordlohn. Früher gab es für ein Kilo Draht herzustellen 1 Mk., jetzt noch sage und schreibe 10 Pf. Da nun die Firma einen neuen Zug von 600 Scheiben angelegt hat, so ersuchen wir sämtliche in dieser Branche beschäftigten Kollegen, den Zug zu halten fernzuhalten, bis diese Zustände beseitigt sind. Um auf sämtliche Mißstände der Firma einzugehen, bedürfte es des Raumes mehrerer Nummern unseres Organs. Dies nur von den Drahtziehern. Wir begnügen uns damit, werden aber in nächster Zeit verschiedene andere Abteilungen an die Öffentlichkeit ziehen. Da nun eine große Anzahl Arbeiter der Firma die Augen bereits geöffnet haben und mitkämpfen für ein menschenwürdiges Dasein, zuseh mit denen, die der Organisation noch fernstehen zu: Organisiert euch, kämpft Schulter an Schulter mit euren Arbeitskollegen. Hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Solingen. In der Mitgliederversammlung am 19. September wurde zunächst über die Differenzen bei der Firma P. D. Raspe Bericht erstattet. Dabei wurden auch Beschwerden über die Galleitung vorgebracht. (Wenn die Kollegen gegen Galleitung Beschwerden zu erheben haben, so müssen sie diese zunächst beim Vorstand anbringen. Red.) In weiteren wurde ein Vorschlag im Zentralkomitee der Solinger Gewerkschaften zur Sprache gebracht, wobei sich herausstellte, daß kein einziger unserer Delegierten in der Versammlung anwesend war, um Bericht über die fraglichen Vorgänge zu erstatten. Da ein Teil der Delegierten die Versammlungen sehr wenig besucht, so soll ihnen an dieser Stelle ihre Pflicht klar gemacht werden. Der Vortrag: „Ein Komplott der bergischen Unternehmer gegen die Rechte der Arbeiter“ mußte leider infolge des mangelhaften Besuchs unterbleiben, da man es nicht ersprießlich hielt, ein derartiges Thema vor so wenig Leuten zu behandeln. Da aber in der nächsten Versammlung des nachgescholt werden soll, werden hierdurch namentlich die Arbeiter der Firma Schuber, Meyersberg, Kirchbaum & Comp. und die Arbeiter der Firma P. D. Raspe besonders eingeladen.

Birmensdorf. In einer am 14. September abgehaltenen Metallarbeiterversammlung referierte Kollege Fritsch aus Karlsruhe über die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter und den Zweck und Nutzen der Organisation. In der Diskussion, die sich an den beifällig aufgenommenen Vortrag angeschlossen, gab ein Kollege einige Vorschläge aus hiesigen Maschinenfabriken bekannt. Eine Firma zahlte an Ausgelernte pro Tag 2 Mk., eine andere an 20 Jahre alte Arbeiter bis zu 3 Mk. Für Überstunden und Sonntagsarbeit gibt es keine Zulage. Nicht der hiesigen Kollegen ist es, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, damit wir bald eine Verbesserung der hiesigen traurigen Verhältnisse fordern können.

Weimar. Bei der Firma Theodor Müller, Hohlzylinder und Ordnfabrikant, sind Differenzen ausgebrochen. Es wurden drei organisierte Gold- und Silberarbeiter gemagtregelt. Bei der Firma Aktiengesellschaft für Eisenbahn- und Militärbedarf herrschen derartig ungesunde Verhältnisse, daß wir jeden Kollegen, der die Absicht hat, bei genannter Firma, die des öfters in den Zeitungen Leute sucht, in Kondition zu treten, ersuchen, sich erst mit uns in Verbindung zu setzen.

Zürich. In letzter Zeit ist es öfter vorgekommen, daß sich eizerische Firmen, speziell der Metallbranche, in deutschen Fachzeitschriften unter schönen Versprechungen Arbeiter juchten, währenddem auf hiesigem Plage Arbeiter genug das Pfaster treten. Meistens sind dies Geschäfte, die hier aus bestimmten Gründen keine Arbeiter erhalten und deshalb die Lust zum Auswand nehmen mit der frivolsten Bemerkung: „Wir kriegen dort soviel mit wollen.“ Da sich nun unser Sekretariat schon öfter mit solchen „Vereinsgallenen“ zu beschäftigen hatte und ihnen nicht nur zu ihrem großen Lohn, sondern auch zu Reiseentschädigung u. verheßen mußte, halten wir es für angebracht, darauf aufmerksam zu machen, daß alle diejenigen, die auf Grund eines solchen Inserats in der Schweiz Stellung anzunehmen gewillt sind, gut am, sich vorerst bei der betreffenden Gewerkschaft, deren eine in jedem größeren Orte zu finden ist, über diese Firma zu erkundigen. Der Zweck dieses Vorgehens soll sein, viele vor arger Enttäuschung und ihren Folgen zu bewahren.

Schlosser.

Auen i. Weiff. Wir halten es für unsere Pflicht, die organisierten Kollegen auf die Auen Wasmachmaschinenfabrik von Karl Loth aufmerksam zu machen. Es herrschen dort Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Herr Loth sucht fortwährend Schlosser und Dreher durch Agenten in Effen und Mülheim a. d. Ruhr. Werden die Schlosser angenommen, so können sie meistens überhaupt nicht zur Ausübung des gelernten Berufs. Sie kommen in die Maschinenzweimerei zum Holzpaden, Fäßerputzen und sonstigen Arbeiten, weil Herr Loth nach seiner eigenen Aussage im Sommer keine Schreiner bekommen kann. Alfordabzüge sind an der Tagesordnung. Noch vor einiger Zeit wurde den Drehern von drei Artikeln je 2 Pf. abgezogen, was pro Stück 25 Prozent ausmacht. Alford gibt es von 1 1/2 bis 80 Pf. pro Stück. Letzteres ist überhaup der höchste Alford, den es in der Fabrik gibt. Wer nicht in Alford arbeiten will, der wird hinausgeschmissen. Und die, die in Stundenlohn arbeiten, gehen gerne von selbst wieder fort. Denn Stundenlöhne von 22, 24, 26 und 28 Pf. für achtzehn- und zwanzigjährige Schlosser sind nichts seltenes. Dabei kommen nun noch die Artikel, die bei der Arbeit entzweigen, in Abzug, trotzdem ausdrücklich in der Arbeitsordnung steht, daß nur die Teile bezahlt werden müssen, die leicht zinniger- und mutwillig-gereweise zerbrochen werden. Es wird in der Dreherei und Schlosserei fast nur Erzeugnis verarbeiteter. Überstunden machen ist die Regel. Samstags wird häufig bis nachts 12 Uhr oder durchgearbeitet, ohne Alford der Alford- oder Stundenlohn. Obermeisterin in der Fabrik ist die Frau Loth. Sie leitet das ganze und führt das große Wort. Es ist schon vorgekommen, daß sie den Arbeitern die Arbeit nachsehen und nicht für gut befundene Arbeit zurückgewiesen hat. Wenn Lohnabrechnung ist und die Lohnbücher nachgesehen werden, dann

macht Frau Loth ihrem Manne und den Meistern, wenn die Arbeiter durch die vielen Überstunden etwas mehr verdient haben, Vorwürfe; es müßte abgezogen werden. Aus der schönen Fabrikordnung wollen wir nur den § 10 zitieren, der lautet: Jeder Arbeiter ist verpflichtet, zeitweise auch andere Arbeit mit geringerem Lohne als diejenige, für welche er angenommen ist, zu übernehmen (!) Da die jetzt sämtliche organisierte Metallarbeiter die Arbeit niedergelegt haben und wir uns nicht veranlaßt fühlen, für die unorganisierten Arbeiter bessere Verhältnisse zu schaffen, so ersuchen wir hiermit alle Kollegen, besonders Schlosser, diese Bruchbude zu meiden, damit für Herrn Loth auch die Zeit anbricht, wo er mit den Arbeitern zu rechnen hat.

Köln. Am 14. September fand im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung der Schlossergehilfen statt. Über den Hauptgegenstand der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Schlosser Kölns zu einer Lohnbewegung?“ redete Arbeiterssekretär Hofrichter. Er schätzte die Zahl der Schlossergehilfen in Köln und Umgebung auf fünfzehntausend und vergleicht mit dieser Zahl die paar Hundert in der Versammlung erschienenen. Der Saal müßte überfüllt sein, wo ein solcher Gegenstand zur Beratung stehe; statt dessen sei er nicht einmal ganz besetzt. Der Redner schildert die Zustände im Schlossergewerbe, die er unter dem Beifall der Versammlung als schmachvoll bezeichnet. Die Kölner Schlossergehilfen müßten sich ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse geradezu schämen. Die Zimmerleute hätten einen Mindestlohn von 50 Pfg., der im nächsten Jahre auf 55 Pfg. steigt; die Maurer haben 48 Pfg. und steigen in einigen Wochen auf 50 Pfg., im nächsten Jahre auf 52 und später auf 55 Pfg. Die Bau- und Erdarbeiter, die „Handlanger“, über die der Schlosser sich so erhaben dünkt, haben einen Stundenlohn von 38 Pfg., der bei den Mauern auf 40, 42 und 45 Pfg. steigt. Demgegenüber stellt der Redner unter der lebhaften Zustimmung der Versammlung die Behauptung auf, daß der größte Teil der Kölner Schlossergehilfen keine 38 Pfg. die Stunde hat. Die Schlosser haben das noch nicht fertig gebracht, was die Handlanger vermocht haben. Der Durchschnittslohn der Kölner Schlosser ist 3 Mk. bis 3,20 Mk.; die Zahl der Kollegen, die einen höheren Lohn haben, ist verschwindend klein. Die Arbeitszeit der Schlossergehilfen ist durchschnittlich 10 1/2 Stunden, in vielen Fällen ist sie elf Stunden und mehr. Einzelne Berufe in Köln haben schon die neunstündige Arbeitszeit erzwungen; bei den Schlossern aber gibt's überhaupt noch keine Regelung der Arbeitszeit. Der Redner bespricht dann die Lehrlingsausbeutung, die gerade im Schlossergewerbe blüht, die gesundheitliche und sonstigen Zustände in den Werkstätten, die Behandlung der Gesellen durch die Meister u. s. w. Er fragt: Warum sind alle die Mißstände vorhanden, und warum leiden andere Berufe nicht in dem hohen Maße darunter wie die Kölner Schlosser? Weil die Schlosser sich bisher nicht organisiert und sich nicht in der gewerkschaftlichen Organisation zusammengetan haben! Kein Beruf in Köln hätte so nötig, in eine Lohnbewegung einzutreten, wie die Schlossergehilfen, um eine angemessene Arbeitszeit, auskömmlichen Lohn, gesundheitliche Einrichtungen und eine anständige Behandlung sich zu erringen. Aber bei der jetzigen geringen Zahl der organisierten Schlosser wäre es fribol, in eine Lohnbewegung einzutreten zu wollen. Den Forderungen der Gesellen Nachdruck zu verleihen, ist nur möglich durch eine starke Organisation. Gutwillig geben die Meister nichts. Die Schlosser Kölns müssen eine Macht bilden; sie müssen jeder dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten; und wenn sie dann über eine stark ausgebaut Organisation verfügen, dann ist der Augenblick gekommen, wo die schwächlichen Zustände im Kölner Schlossergewerbe beseitigt werden können. (Lebhafte Beifall.) In der Diskussion brachte eine Reihe von Rednern die Mißstände in den einzelnen Werkstätten zur Sprache; geradezu haarsträubende Zustände wurden da aufgedeckt; und es ergab sich, daß der Referent noch viel zu gelinde kritisiert hatte. Alle Redner kamen zu dem nämlichen Ergebnis wie Hofrichter: daß sich die Kölner Schlossergehilfen erst organisieren müssen, ehe sie an die Erringung menschenwürdiger Arbeits- und Lohnverhältnisse denken können. Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute, am 14. September, im Gewerkschaftshaus tagende Schlosserversammlung verpflichtet, einstimmig für die Verbesserung ihrer traurigen Lage einzutreten; sie kann das aber nur dann, wenn sämtliche Schlosser sich der Organisation anschließen. Die anwesenden Schlosser geben das Versprechen ab, dafür zu sorgen, daß in kurzer Zeit alle Schlosser dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten, um, wenn dies erreicht ist, gemeinsam an die Schlossermeister heranzutreten, damit die Mißstände, die in so großem Maße vorhanden sind, abgeschafft und höhere Löhne herbeigeführt werden.“

Rundschau.

Auslieferung in Berlin.

Die Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten hat in der am 21. September abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung folgenden Beschluß gefaßt:

- 1. Falls die ausständigen Arbeiter nicht bis zum Montag, den 28. September 1903 die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen haben, entlassen die Mitglieder der Vereinigung sowie diejenigen Fabrikanten, welche sich dem gemeinsamen Vorgehen angeschlossen haben, ihre sämtlichen Arbeiter am Mittwoch, den 30. September.
- 2. Die Vertrauenskommission wird ermächtigt, Maßnahmen, welche die Eigenart der der Vereinigung angeschlossenen Betriebe erheischen, in Bezug auf die Schließung der Fabriken zu treffen.
- 3. Der Beschluß 1 ist durch Aushang in allen Werkstätten den Arbeitnehmern bekannt zu geben.

Wie die Arbeitgeber-Zeitung durchblicken läßt, handelt es sich für die Fabrikanten lediglich darum, eine Kraftprobe zu unternehmen. Nicht, weil die Forderungen der Arbeiter unerfüllbar sind — der Versuch, dies zu beweisen, wird nicht einmal gemacht —, sondern weil man vom Metallarbeiter-Verband „unabhängig“ bleiben wolle. Also aus reinem Hochmut sollen auch Tausende von Arbeitern, die gar keine Forderungen gestellt haben, auf die Straße gesetzt werden. Das heißt man doch mit der Griffling der Arbeiter ein frivoles Spiel treiben.

Ein Nachspiel zum Mehlichischen Streit

gab es am 22. September vor dem Schöffengericht in Moabit. Angeklagt war der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Cohen, wegen Streikvergehens. Ihm wurde zur Last gelegt, am 20. Mai dieses Jahres in einer Versammlung, in der die Arbeiter der Mehlichischen Fabrik über den Eintritt in den Streik Beschluß faßten, die sich gegen den Streik erklärende Minorität der Arbeiter durch Drohung und Ehrverletzung zur Teilnahme an dem Ausstand zu bewegen versucht zu haben. Und zwar soll er nach erfolgter Abstimmung in der Versammlung die Worte gesprochen haben: Wer sich jetzt nicht an dem Streik beteilige, sei ein Feigling, für den gebe es eine Rucht. Der Angeklagte, dem Rechtsanwalt Dr. Heinemann als Verteidiger zur Seite stand, bestritt, den Ausstand feige oder feigheit gebraucht zu haben; die Worte „es gebe eine Rucht“, seien von ihm jedoch lediglich zu dem bekannten Kirch-Wandernschen Generalsekretär Gleichauf gesprochen worden, der die Beteiligung der Gewerkschaften an dem Streik zuerst in Aussicht gestellt hatte. Diese Worte hätten sich auf die zu erwartenden Auseinandersetzungen in der Presse und in Versammlungen bezogen, falls die Gewerkschaften ihre Zusage, den Streik mitzumachen, nicht halten würden.

Die anwesenden Zeugen, darunter zwei „arbeitswillige“ Mitglieder des Kirch-Wandernschen Gewerkschaftsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, bekundeten übereinstimmend, die inkriminierten Äußerungen Cohens gehört und auch auf sich als Gegner des Streiks bezogen zu haben. Sie haben sich durch das Wort „Feigling“ in ihrer Ehre verletzt gefühlt, und den Ausstand

von der „Rucht“ haben sie als Drohung aufgefaßt. Infolgedessen sah der Staatsanwalt die Tatbestandmerkmale eines Vergehens gegen § 153 der Reichsgewerbeordnung als gegeben an. Wenn schon, so führte er im Kladoyer aus, ein einfacher Streikposten, der einen vorübergehenden Arbeiter zur Teilnahme an einem Ausstand zu überreden suche, mit mehrtägiger Freiheitsstrafe belegt werde (ein eigenartiges Zugeständnis), so müsse in diesem Falle, wo den Angeklagten die Mehlichischen Arbeiter gar nichts angingen, eine exemplarische Strafe verhängt werden. Er beantragte einen Monat Gefängnis.

Der Verteidiger führte aus, daß derjenige Richter, der, wie der Staatsanwalt meine, einen einfachen Streikposten, der einen vorübergehenden Arbeiter zur Anteilnahme an einem Ausstand zu überreden suche, deshalb mit Freiheitsstrafe belegen würde, über das geltende Recht sich in schwerer Untermis befinde. Ein solcher Streikposten habe nur sein gutes Recht aus. Im übrigen stelle der Verteidiger eine größere Zahl von Weisungsanträgen, die dahin gingen, daß vorliegend die Voraussetzungen des § 152 nicht gegeben seien, der Angeklagte die Aufrührung nur scherzhaft und nur zu Gleichauf gesagt habe, nicht zu den arbeitenden Kollegen.

Das Schöffengericht lehnte alle Weisungsanträge des Angeklagten ab und verurteilte ihn zu zwei Wochen Gefängnis. — Wie stark sich diejenigen Arbeiter, die damals gegen den Streik stimmten, in Wirklichkeit bedroht gefühlt haben, erhellt am besten daraus, daß sie ungeniert sofort Streikbrecherdienste verrichteten, als ihre Kollegen getreu dem Majoritätsbeschluß in den Ausstand traten.

Zum Polizeikampf gegen Streikposten.

Der Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Verbandes in Berlin, Kollege Cohen, hatte kürzlich ein politisches Strafmandat erhalten, weil er mit noch drei anderen Arbeitern vor dem Grundstück der Firma Schulz-Hafenheide (Eisenmöbelfabrik) Streikposten gestanden und der Aufforderung des Schutzmanns, dort fortzugehen, keine Folge geleistet hatte; er sollte dadurch die öffentliche Ruhe und Bequemlichkeit gestört haben. Cohen erhob Widerspruch gegen die Strafverfügung; gestern fand Termin vor dem Schöffengericht an. Der Angeklagte, der durch Rechtsanwalt Dr. Heinemann verteidigt wurde, machte zu seiner Rechtfertigung geltend, er habe am Wartensraum des fraglichen Grundstücks gestanden und auf die wiederholte Frage des Schutzmanns, ob er die Gasse dort gepachtet habe, erwidert: „Das geht Sie nichts an!“ Die Aufforderung des Schutzmanns, dort fortzugehen, habe er unbefehlet gelassen, weil ihm der Beamte das Streikpostenstehen nicht verboten dürfe, umsoweniger als er die öffentliche Ordnung oder den Verkehr in keiner Weise behindert habe. Der als Zeuge geladene Schutzmann bekundete, Cohen habe die öffentliche Ordnung dadurch verletzt, daß er eine Aufstellung nahm, in der er das Grundstück der Firma Schulz völlig übersehen, sowie die dort ein- und ausgehenden Arbeiter beobachten konnte. Das Gericht erkannte hierauf in Übereinstimmung mit den Anträgen des Verteidigers auf Freisprechung, da die Bestimmungen des Schutzmanns ergaben, daß der Angeklagte lediglich deshalb fortgewiesen sei, weil er Streikposten stand; eine derartige Anordnung des Beamten aber sei unzulässig gewesen. — Dasselbe Schicksal hatte ein Strafmandat gegen den Metallarbeiter Engelbrecht, der sich wegen eines ähnlichen „Vergehens“ ebenfalls vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte. Auch hier erkannte das Gericht in Übereinstimmung mit den Anträgen desselben Verteidigers auf Freisprechung.

Wann werden die Behelligungen, die ausländische Arbeiter bei Ausübung ihrer gewerkschaftlichen Pflicht zu erdulden haben, endlich aufhören?

Aus der christlichen Arbeiterbewegung.

Eine Konferenz von Vertretern der christlichen Gewerkschaften in Rheinland und Westfalen fand am Sonntag den 20. September in Düsseldorf statt, die sich vornehmlich mit der Frage beschäftigte, wie die Agitation in Zukunft zu betreiben sei. Lebhaftige Klagen wurden geführt über die Schwierigkeiten, die der Ausbreitung der Organisation entgegenstünden und berietet würden. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die heutige Konferenz wählt eine Agitationskommission mit dem Auftrag, daß dieselbe 1. auf Grund des in der heutigen Konferenz vorgebrachten Materials einen Agitationsplan für die Zukunft, namentlich für den kommenden Winter auszuarbeiten und in Verbindung mit den Zentralverbänden eine planmäßige Agitation in Rheinland und Westfalen vorzubereiten hat. Die Kosten sollen von den in Betracht kommenden Zehntausenden Rheinlands und Westfalens getragen werden, eventuell ist ein Agitationsfonds aus freiwilligen Beiträgen zu bilden. 2. In Verbindung mit dem Generalsekretariat zu Köln soll ein Referentemachweis errichtet werden. 3. Die Herausgabe von praktischen Agitationsmaterial, Flugschriften und Broschüren soll veranlaßt werden.“

Als Kommissionsmitglieder wurden gewählt: Generalsekretär Stegerwald (Köln) vom Gesamtverband, Gewerkschaftssekretär Kampf (Bochelt) von den Textilarbeitern, Gewerkschaftssekretär Schmitt (Bochum) vom Maurerverband, Verbandssekretär Mienert (Düsseldorf) vom Schuhmacherverband und Nolte (Welfenkirchen) vom Schneiderverband. Derartige Konferenzen sollen von jetzt an öfter stattfinden.

Wenn auch dieser Konferenz keine allzu große Bedeutung beizumessen ist, da die Quertreiberei des Zentrums, oder doch wenigstens eines großen Teils der im Zentrum maßgebenden Personen, und die auch unter den katholischen Arbeitern Rheinlands und Westfalens in selten erfreulichen Ausmaß begriffene Erkenntnis ihrer Klassenlage die Bäume der christlichen Gewerkschaften nicht in den Himmel wachsen lassen, so dürfte es sich doch empfehlen, dieser angelegentlich planmäßigen Agitation ein aufmerksames Auge zu schenken. Geipannt darf man darauf sein, ob damit der zwischen der Wieserischen und der M.-Glabbacher Richtung jetzt herrschende Waffenstillstand aufgehoben und das Kriegszweifel wieder ausgegraben wird. Auffallend ist, daß der sonst doch nirgends fehlende August Brutt, der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute, unsichtbar und unhörbar blieb; auch in der Kommission zur Vorbereitung des geplanten Kongresses ist er nicht vertreten, und ebensowenig hat man ihn für denselben mit einem Referat vertraut. Sollte man Brutt so langsam bei Seite schieben wollen?

Daß die auf der Konferenz beflagten Schwierigkeiten, die der Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften entgegenstehen, vielfach vom Zentrum ausgehen, tritt so recht zu Tage in folgendem an die „Berliner Richtung“ — die bekanntlich katholische Gewerkschaften gegründet wissen will und gründet — gerichteten Erguß der sonst in ihren Äußerungen sehr vornehmen Weiff. Arbeiterzeitung:

„Das Treiben der Berliner Herren wird auf die Dauer eben unerträglich. Die genannten zwei Laien aus dem Berliner Verbandsvorstand begnügen sich ja nicht damit, im Berliner Verband und in dessen Verbandsorgan bis zum Überdruß darzulegen und zu beklagen, daß die christlichen Gewerkschaften die größten religiösen Gefahren für die katholischen Arbeiter bringen; es ist dies schon deshalb verzeihend, weil diese Anklagen gegen 800 geistliche Prälaten und deren Diözesanprälaten, darunter zwei bischöfliche Theologieprofessoren, gerichtet werden, und zwar von Laien, die stets betonen, daß die Arbeiter, wenn sie nicht einem geistlichen Prälaten unterstellt sind, vor Zerstörungen auf wirtschaftlichem Gebiet nicht frei bleiben können. Am unerträglichsten sind diese verletzenden Anklagen auf die Dauer aus dem Munde und der Feder des Herrn Dr. F., der behaupten sollte, daß er noch nicht lang genug für die katholische Sache tätig ist, um den von den Bischöfen bestellten geistlichen Prälaten und Diözesanprälaten Vorhaltungen über frische Geinnung und Haltung in deren Arbeitervereinsachen zu machen. — Aber am Ende können wir ja auch die Berliner Herren in ihrem Verband machen lassen, was dessen Arbeitervereine sich gefallen lassen; wir haben uns ja auch nur in den äußersten Fällen mit diesen Herren befaßt, die fast in jeder Nummer ihres Verbandsorgans über unsere Bestrebungen zu Gericht sitzen. Über ebenso wie die süddeutschen Arbeitervereine sind auch die westdeutschen nicht gutmütig genug, sich die aufbringliche und quertreiberische Agitation der Berliner Herren in unserem Verband gefallen zu lassen. Die Arbeitervereine des westdeutschen Verbandes werden darum in Zukunft den Berliner Herren gegenüber vom

